

PAZIFIK GESAMT

NFIP erinnert an Bikini

Am 1. März gedenkt die Bewegung für einen unabhängigen und atomwaffenfreien Pazifik (Nuclear Free and Independent Pacific, NFIP) traditionell des amerikanischen Atombombentests „Bravo“ auf dem Bikini-Atoll. An diesem so genannten „Bikini Day“ erinnern Nichtregierungsorganisationen weltweit an die Auswirkungen von Atomtests auf Mensch und Umwelt. Anlässlich des 53. Jahrestages der Bravo-Bombe (1. März 1954) haben sich pazifische Gruppen zu einem gemeinsamen Protestbrief an die US-amerikanische Regierung entschlossen. Das Schreiben wurde von folgenden Atomtestveteranengruppen eingereicht: Moruroa e tatou (Tahiti), Fiji Nuclear Test Veterans (Fidschi), von Aborigines aus der Wüste Maralinga sowie von Vereinigungen von Strahlenopfern aus Guam und den Marshall-Inseln. Die Gruppen fordern von den USA:

- das militärische Budget statt für Waffen und Kriege für Friedensarbeit und Menschenrechte zu nutzen
- die Schließung der Ronald Reagan Station auf dem Kwajalein Atoll und die Entschädigung der Bevölkerung für die jahrelange Ausbeutung ihrer Umwelt
- die Auflösung der Waffen- und Raketenlager auf der Andersen Airbase (Guam) und auf Hawaii
- den Plan, 8.000 Soldaten von Okinawa nach Guam zu verlegen, zu überdenken.

An die Regierungen von Australien, Neuseeland, England, Frankreich und weitere Staaten gewandt:

- in militärischen Trainingslagern im Pazifik nicht nur die Technologie der Kriegsführung zu unterrichten, sondern die Soldaten auch auf die Einhaltung der Menschenrechte hinzuweisen
- den Nutzen militärischer Trainingseinheiten im Pazifik zu überdenken
- den „South Pacific Nuclear Free Zone Treaty“ zu unterzeichnen und darauf hinzuwirken, dass auch die Marshall-Inseln, Palau und Mikronesien den Vertrag ratifizieren.

Die Amerikaner hatten zwischen 1940 und 1950 67 Atomtests auf den Atollen Bikini, Enewetak, Rongelap und Utrik unternommen. Die Inselbewohner waren zum Teil erst nach den Tests evakuiert worden. Sie wurden radioaktiv verstrahlt. Bis in die Gegenwart leiden Atomtestveteranen und ihre Angehörigen an den Spätfolgen der Tests, vor allem an Schilddrüsenkrebs und Blutkrebs. Die Amerikaner hatten 1986 einen Fonds (Nuclear Claims Tribunal Trust Fund) gegründet, aus dem heraus die Atomtestopfer finanziell entschädigt werden sollen. In Aufsehen erregenden Prozessen sind den Bewohnern der Atolle immer wieder große Summe Geldes versprochen worden. In der Realität konnten die Gelder jedoch fast nie oder nur in ganz geringen Summen ausgezahlt werden, da die Mittel des Fonds schon lange erschöpft sind. Angeblich verfügt der Fonds nur noch über Mittel in Höhe von einer Million US-Dollar.

Mitte Dezember 2006 wurden z.B. den ehemaligen Bewohnern von Utrik 307 Millionen US-Dollar Kompensationszahlungen zugesprochen. Das Geld soll einer Gruppe von Menschen zukommen, die in den 1950er Jahren vom nuklearen Fallout amerikanischer Wasserstoffbomben betroffen waren. Bill

Graham, der Anwalt des „Marshall Islands Nuclear Claims Tribunal“ vermutet, dass die Menschen keinen Cent der zugesprochenen Summe erhalten werden.

Angeblich könnte der Fonds jedoch durch Zahlungen Taiwans wieder aufgefüllt werden. Die Marshall-Inseln gehören zu den sechs Staaten im Pazifik, die Taiwan als eigenen Staat anerkannt haben. Dafür zeigt sich die Regierung in Taipeh erkenntlich, so wurden bereits im vergangenen Jahr 2,5 Millionen US-Dollar von Taiwan in den Fonds eingezahlt. Weitere knapp 40 Millionen Dollar sollen in den nächsten 15 Jahren folgen. (NFIP Pressemitteilung 28.02.07, Flash d'Océanie 01.03.07, Pacific Beat 19.12.06)

AIDS auf dem Vormarsch

Das Immunschwächesyndrom AIDS (Acquired Immune Deficiency Syndrome, dt. erworbenes Immunschwächesyndrom) ist auch im Pazifik weiter auf dem Vormarsch. Das sagte Stuart Watson, der für die pazifische Region zuständige Koordinator von UNAIDS (Joint United Nations Programme on HIV/AIDS). Nach der Bekanntgabe aktueller Zahlen der im Pazifik erkrankten Menschen erklärte Watson, die tödliche Krankheit werde sich bald auch auf die Wirtschaft auswirken. Durch vermehrte Todesfälle könne es – ähnlich wie in Afrika - zu einem Verfall traditioneller Familienstrukturen kommen. Im Pazifik mangle es am politischen Willen, sich intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Es fehle an einer konzertierten Aktion, wie sie z.B. in Thailand und Uganda mit Erfolg praktiziert wurde, erläuterte Watson.

Aus Fidschi wurden allein für den Januar dieses Jahres 36 Neuerkrankungen gemeldet, wobei die Dunkelziffer wohl noch höher liegt. Alison Cupit

vom Fidschianischen Roten Kreuz befürchtet, dass bis zum Jahr 2015 bis zu 7.000 Menschen nur allein in Fidschi an HIV/AIDS erkranken könnten.

Die höchste Aidsrate im Pazifik weist zurzeit Papua-Neuguinea auf. Je nach Quellenlage sind dort bis zu 60.000 (von 5,3 Mio. Einwohnern) an dem Immunschwächevirus erkrankt. Bis zum Jahr 2010 könnte sich die Zahl der Erkrankungen auf eine Million steigern, befürchtet das australische CIS (Centre for Independent Studies). Eine CIS-Sprecherin bemerkte in ihrem Bericht, dass es neben AIDS auch noch weitere tödlich verlaufende Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und Durchfallerkrankungen gäbe, die die Bevölkerung zusätzlich schwächten.

Der Bekämpfung von AIDS widmen sich inzwischen neben den großen Hilfsorganisationen auch Privatpersonen, wie etwa der ehemalige US-amerikanische Präsident Bill Clinton. Kürzlich besuchte der im November 2006 zurückgetretene australische Schwimmstar Ian Thorpe gemeinsam mit Lachlan Murdoch, dem Sohn des Pressemagnaten Rupert Murdoch, Papua-Neuguinea. Mit ihrem Besuch wollten die beiden VIPs die „PNG Business Coalition Against HIV-AIDS“ unterstützen, die Spendengelder zur Bekämpfung von AIDS sammelt.

Nach UNAIDS-Angaben sind rund 74.000 Aidsfälle in ganz Ozeanien bekannt. Im Jahr 2005 starben ca. 4.000 Menschen. In der Altersgruppe der 15 bis 24-Jährigen hatten in 2005 1,2% aller Frauen und 0,4% aller Männer den HI-Virus. Mit Ausnahme von Niue und Tokelau wurden inzwischen aus allen pazifischen Ländern Aids-erkrankungen gemeldet. (AAP 31.01.07, <http://www.unaids.org/en/Coordination/Regions/Oceania.asp>, Flash d'Océanie 09.02.07, <http://www.abc.net.au>)

Fette Pazifikinsulaner

Nach einer Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO) leben die übergewichtigsten Menschen weltweit im Pazifik. Zu den zehn Nationen, in denen prozentual am meisten Menschen mit einem Body-Mass-Index von über 25 leben, zählen acht Staaten aus Ozeanien. Die dicksten Menschen leben demnach auf Nauru, der kleinsten Republik der Welt. Hier überschreiten nahezu alle der rund 13.000 Bewohner die Grenze zur Fettleibigkeit. Es folgen die Föderierten Staaten von Mikronesien, Tonga und die Cook-Inseln. Laut WHO sind 90% der Menschen in diesen Pazifikstaaten zu dick. Ursachen des Übergewichts liegen in der mangelnden Bewegung sowie in der einseitigen Ernährung. Statt Vollwertkost mit viel frischem Obst, Gemüse und Fisch- den traditionellen Ernährungsgrundlagen der Pazifikinsulaner- greifen immer mehr Menschen auf importierte Nahrungsmittel zurück. Diese industriell hergestellten Fertiggerichte sind billiger und praktischer, da langes Kochen entfällt. Das meist aus den USA stammende junk food (Nahrung von geringem Nährwert; von engl. *junk*, „Trödel, Plunder“) ist sehr fett-, salz- und zuckerhaltig, hat also viele Kalorien, aber wenig Nährstoffe.

Die WHO warnt vor Übergewicht, das viele so genannte Zivilisationskrankheiten wie Bluthochdruck, Arthritis und Herzerkrankungen zur Folge haben kann. Weltweit geht die WHO von 300 Millionen übergewichtigen Menschen aus. Im nächsten Jahrzehnt befürchtet die Organisation einen Anstieg dieser Zahl um bis zu 40%.

Hintergrund: Als übergewichtig definiert die WHO Menschen mit einem Body-Mass-Index (BMI) ab 25 kg/m². Der BMI, auch Körpermasseindex genannt, ist eine Maßzahl für die Bewertung

des Körpergewichts eines Menschen. Sie wurde von dem belgischen Mathematiker Adolphe Quetelet im 19. Jahrhundert entwickelt. Der BMI errechnet sich, indem man das Körpergewicht in Kilogramm durch die zum Quadrat genommene Körpergröße in Metern dividiert. Laut WHO-Klassifikation liegt der BMI für das Normalgewicht zwischen 18,5 und 25 kg/m². Ab 25 kg/m² beginnt das Übergewicht, ab 30 kg/m² liegt die schwere Erkrankung Adipositas (Fettleibigkeit) vor.

Der BMI gibt lediglich einen groben Richtwert an und ist nicht unumstritten, da er die Statur eines Menschen und die individuell verschiedene Zusammensetzung des Körpergewichts aus Fett- und Muskelgewebe naturgemäß nicht berücksichtigt. (BBC news 26.02.07, <http://www.who.int>, Wikipedia)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Gas-Projekt gescheitert

Die australische Ölfirma Oil Search hat das geplante Gasprojekt, das Gasfelder zwischen Papua-Neuguinea und dem australischen Bundesstaat Queensland mit einer unterirdischen Pipeline verbinden sollte, für gescheitert erklärt. Der geschäftsführende Direktor von Oil Search, Peter Botton, erklärte auf einer Pressekonferenz Anfang Februar, man habe sich nach reiflicher Überlegung gegen das bis 2009 geplante so genannte „PNG Gas Project“ entschieden. Für die Entwicklung des Projekts waren 2,3 Milliarden Euro eingeplant. Es sei weitaus profitabler, die Ölfelder bei Hides und Kutubu weiter auszubauen und den Ertrag dort zu steigern, da die Weltmarktpreise für Gas und Öl stetig stiegen. Man habe in Papua-Neuguinea weitere Gasvor-

kommen entdeckt, die es zu nutzen gelte. Besonderen Profit verspricht sich Botton vom Verkauf von Flüssigerdgas. Als Flüssigerdgas (*liquefied natural gas, LNG*) bezeichnet man durch Abkühlung verflüssigtes Erdgas. LNG hat nur etwa 1/600stel des Volumens von Erdgas in Gasform. Besonders zu Transport- und Lagerungszwecken hat LNG große Vorteile. Technisch verliert das Erdgas dadurch seine Eigenschaft der Leitungsgebundenheit, das heißt, dass es auf der Straße, der Schiene und auf dem Wasser transportiert werden kann. Wirtschaftlich spielt diese Art des Transportes in der westlichen Welt bisher nur eine untergeordnete Rolle, da etwa ein Viertel der transportierten Energie zur Kühlung des Gases selbst benötigt wird und über Pipelines bezogenes Gas billiger ist. Auf Grund der geographischen Lage der Ölfelder in Papua-Neuguinea und Queensland verspricht das LNG jedoch große Gewinne. Die geplante Rohrleitung zwischen PNG und Australien wird mit dieser Art des Transports unnütz. Statt eine Pipeline zu bauen, werde man sich nun auf den Ausbau des LNG-Transports konzentrieren, erklärte Botton.

(<http://www.oilsearch.com> Pressemitteilung 01.02.07)

Verteidigungsminister entlassen

Premierminister Sir Michael Somare hat seinen Verteidigungsminister Martin Aini Ende Februar als Konsequenz aus der so genannten „Moti-Affäre“ entlassen. Der aus Kavieng (Neuirland) stammende Aini musste gehen, nachdem er öffentlich bekannt gemacht hatte, dass ihn Premier Somare gezwungen habe, die Untersuchung der Vorfälle rund um den Indu-Fidschianer Julian Moti vorzeitig abzubrechen. Aini stand einer Kommission vor, die klären sollte, wie der australi-

sche Anwalt Moti in einer Nacht- und Nebelaktion per Flugzeug Papua-Neuguinea verlassen konnte, obwohl er dort eigentlich inhaftiert war und nach Australien ausgeflogen werden sollte. Aini hatte erklärt, Somare habe von dem geheimen Nachtflug gewusst und diesen nicht verhindert.

Julian Moti sollte als Generalstaatsanwalt auf den Salomonen tätig werden, nachdem ihn sein Freund Manasseh Sogarave, Premierminister der Salomonen, in dieses Amt berufen hatte. Wegen einer 1997 erfolgten Missbrauchsgeschichte (Moti soll auf Vanuatu eine damals 13-jährige sexuell missbraucht haben) war er ins Visier der australischen Regierung geraten, die die Übersendung ihres Staatsbürgers beantragte. Auf dem Weg von Indien in sein neues Amt in Honiara (Hauptstadt der Salomonen) musste Moti einen Transitstopp in Port Moresby (PNG) einlegen. Auf die Bitte Australiens hin ließ ihn Premier Somare am Flughafen verhaften. Nach einigem Hin und Her gelang Moti die Flucht mit einem Militärflugzeug auf die Salomonen, wo er gleich wieder verhaftet wurde. Die höchst komplizierte Affäre sorgte für große Unstimmigkeiten zwischen den Salomonen, Australien und Papua-Neuguinea.

Ex-Minister Aini ist Mitglied der „Pangu Partei“. Dessen Parteivorsitzender Sir Rabbie Namaliu hatte zunächst mit dem Austritt aus der derzeitigen Koalition von „Pangu Partei“ und „National Alliance“ gedroht. Nach Ainis Entlassung und einer Parteisitzung sagte Namaliu jedoch gegenüber der Presse, man bleibe in der Koalition und gestehe dem Premier das Recht zu, Minister nach seinem Willen zu entlassen. (*Flash d'Océanie* 27.02.07, *Post-Courier, RNZI* 28.02.07)

Frauen zu Tode gefoltert

In Lae sind zwei ältere Frauen von einer Gruppe Unbekannter zu Tode gefoltert worden. Die Frauen waren gebürtig aus dem Hochland, sie lebten in Lae. Von Mitgliedern eines verfeindeten Klans wurden sie für den Tod eines jungen Mannes verantwortlich gemacht und der Hexerei bezichtigt. Im Zusammenhang mit dem traditionellen Payback-System der Hochländer („Auge um Auge, Zahn um Zahn“) wollten sich Clanmitglieder des gestorbenen Mannes an dem Klan der Frauen rächen. Sie verbreiteten in Lae, von den Frauen gehe große Gefahr aus, weil sie „Hexen“ seien und mit ihrer „Zauberkunst“ noch mehr Menschen töten könnten. Daraufhin folterte eine Gruppe noch nicht identifizierter Männer die Frauen zu Tode (Anmerkung der Redaktion: Aus ethischen Gründen verzichte ich auf eine Schilderung der grausamen Folter). Giossi Labi, Leiter der Polizeieinheit, die nach den Tätern sucht, sagte, die Mörder der Frauen hätten ein „tierisches“ und „unmenschliches“ Verhalten an den Tag gelegt.

Seit einigen Jahren werden vermehrt Fälle von gefolterten und getöteten Frauen aus den Hochlandprovinzen von Papua-Neuguinea gemeldet. Allen Frauen wurde Hexerei und Zauberei vorgeworfen, ihr Tod damit begründet, die Gemeinschaft vor weiteren Todesfällen schützen zu wollen. Hexen sind angeblich für unerklärliche Todesfälle verantwortlich.

Bereits im vergangenen September hatte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) die Gewalt gegen Frauen in PNG angeprangert. „Sitte und Tradition“ seien keine Entschuldigung für gewalttätiges Vorgehen gegen Frauen, heißt es in dem AI-Bericht mit dem Titel „Violence against women- not inevitable, never acceptable“. Die Regierung von PNG mache es sich sehr leicht, indem sie Gewalt

gegen Frauen als Bestandteil der traditionellen Kultur der Hochländer deklarieren und sich damit aus der Affäre zöge. Die Regierung müsse Gesetze auf den Weg bringen, die die Rechte der Frauen besser schützen, forderte AI. Selbst wenn „Hexen“ Bestandteil der kulturellen Überzeugungen der Hochländer seien, rechtfertige dies nicht die grausamen Folterungen und Morde an Frauen, sagte Purna Sen, Direktor der asiatisch-pazifischen Abteilung von Amnesty International.

In der Vergangenheit hat AI immer wieder mit „urgent actions“ auf die Morde an (meist älteren) Frauen hingewiesen und die Weltöffentlichkeit gebeten, bei der Regierung von PNG darauf zu dringen, Fälle von verschwundenen und gefolterten Frauen genau zu untersuchen.

(Flash d'Océanie 28.02.07,
<http://web.amnesty.org/appeals>,
<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGA-SA340022006?open&of=ENG-2S5>)

PNG vor der Wahl

In Papua-Neuguinea läuft der Countdown für die vom 30. Juni bis zum 10. Juli 2007 geplanten Parlamentswahlen. Die Wahlen stehen unter dem Motto „Stret-pela pasin“ (in etwa: ehrenhaftes Verhalten). Die letzten Wahlen fanden im Jahr 2002 statt. Bei einer Parlamentsdebatte beklagten kürzlich einflussreiche Parlamentarier wie etwa der Gouverneur der Morobe Provinz, Luther Wenge, die chaotischen Zustände bei der Erstellung der Wählerverzeichnisse. Vor allem in ländlichen Gebieten bestünde die Gefahr, dass Menschen entweder gar nicht oder mehrfach (unter fiktiven Namen) in die Verzeichnisse eingetragen seien. Erschwerend käme das neue erstmals angewandte so genannte „preferential voting system“ hinzu, das vor allem Analphabeten verunsichere. Im letzten Jahre hatte die Regierung beschlossen, die Wahlzettel zu verkleinern, so dass jetzt

nur noch Namen auf den Listen stehen, jedoch keine Fotos der Kandidaten mehr. Analphabeten (nahezu 50% in ländlichen Regionen) sind deshalb gezwungen, sich von einem Wahlhelfer den Wahlbogen erklären zu lassen. Dieses System lädt zu Missbrauch ein, da die Wahlhelfer falsche Kandidaten benennen können und die Wähler ihre Stimme so nicht dem von ihnen gewünschten Kandidaten geben.

Wenge beklagte, dass die Mitarbeiter der Wahlkommission (PNG Electoral Commission) bisher nur in Städten unterwegs waren, um Wählerlisten zu aktualisieren.

Mit groß angelegten Informationskampagnen versucht die einheimische Presse bereits seit Anfang des Jahres, die Bürger für das neue Wahlsystem zu sensibilisieren und Unklarheiten zu beseitigen. So erschienen in der Tok-Pidgin-sprachigen Wochenzeitung „Wantok“ herausnehmbare DIN A 6 Poster mit dem Hinweis, diese an prominenter Stelle auszuhängen. Die Poster zeigen in Form von Comics, wie gewählt werden soll.

Das neue Wahlsystem ist ein Mehrheitswahlsystem mit alternativer Stimmabgabe in Einerwahlkreisen. Jeder Wahlberechtigte hat drei Stimmen (3 Präferenzen), die er an Kandidaten vergeben kann. Sobald ein Kandidat mehr als 50% der Stimmen auf sich vereint, gilt er als gewählt. Das Entscheidende dabei ist, dass eine Stichwahl der beiden Besten (wie bei uns bei der Bürgermeisterwahl) entfällt, weil man mit den beiden verbliebenen Präferenzen weiterrechnen kann, bis jemand die absolute Mehrheit hat.

Das System soll der starken Zersplitterung der Kleinstparteien entgegenwirken, aber auch für eine Harmonisierung bisher verfeindeter Gruppen sorgen, da mit der zweiten und dritten Stimme Kandidaten außerhalb des eigenen Klans gewählt wer-

den können. (div. Artikel im Post-Courier, Wantok und National, Email R. Seib 07.03.07)

BOUGAINVILLE

Forderung nach Wiedereröffnung

Die europäischen Anteilseigner (European Shareholders of Bougainville Copper, ESBC) an der Minengesellschaft „Bougainville Copper Limited“ (BCL) fordern in einer Pressemitteilung vom 2. März des Jahres eine Wiedereröffnung der Panguna-Mine auf Bougainville. In der ESBC haben sich 50 Einzelpersonen und Organisationen zusammenschlossen, die Aktien an BCL halten. Es ist die drittgrößte Gruppe innerhalb der großen Anteilseigner von BCL. Hauptanteilseigner Rio Tinto (53,58%) gehört nicht zur ESBC.

Die Wiederinbetriebnahme der im Mai 1989 stillgelegten Tagebau-Kupfermine sei der Schlüssel zu wirtschaftlicher Entwicklung, erklärte Axel Sturm, Pressesprecher von ESBC. Gerade junge Männer auf Bougainville benötigten sichere berufliche Perspektiven, um nicht in Alkohol- und Drogensucht zu verfallen, sagte Sturm. Sie könnten bei der Entwicklung Bougainvilles zu einem Wohlstandsland helfen.

In den letzten Monaten gab es immer wieder Gerüchte um eine Wiederaufnahme des Minenbetriebes. Die „Panguna Landowners Association“ unter Vorsitz von Lawrence Daveona erklärte, man sei zu Verhandlungen mit BCL bereit. Bevor man die Mine öffnen könne, müssten aber vielfältige soziale, rechtliche und Umweltaspekte diskutiert werden. Thomas Rabanz, Vizepräsident der „Bougainville Business Association“, sprach sich ebenfalls für die Wiederinbetriebnahme der Mine aus. Er forderte jedoch gleichzeitig eine verbesserte Sicherheitssituation.

Solange die Mitglieder der Rebellengruppe Me'ekamui noch aktiv seien, seien Recht und Ordnung noch nicht vollständig wiederhergestellt.

Axel Sturm ist überzeugt, dass bei verbesserter Sicherheitslage nicht nur die Mitglieder der ESBC, sondern auch andere Investoren Interesse an einer Inbetriebnahme der Kupfermine hätten.

1989 war die Mine durch Sabotageaktionen örtlicher Landbesitzer zur Stilllegung gezwungen worden. Die Landeigner hatten gewaltsam gegen die ökologischen und sozialen Auswirkungen des zum 1. April 1972 aufgenommenen Minenbetriebs protestiert. (*Post-Courier* 28.02.07, ESBC Pressemitteilung 02.03.07, <http://www.bcl.com.pg>)

SALOMONEN

EU vergibt Darlehen

Die Europäische Union (EU) hat den Salomonen ein Darlehen in Höhe von drei Millionen US-Dollar gewährt. Mit dem Geld soll eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden, die die Möglichkeiten zur Aufzucht von Austern eruiert. Die Studie soll die „Worldfish Center Field Station“ in Nusatupe in der Western Province durchführen. Das Center soll die für die Perlenzucht geeigneten Plätze ausfindig machen. In den Austernfarmen sollen Perlen gezüchtet werden. Das Fischereiministerium der Salomonen hat bereits Vorabstudien zu den Möglichkeiten der Perlenzucht durchgeführt und ist zu positiven Ergebnissen gekommen. Günstige Bedingungen wie z.B. flaches Wasser ließen die Perlen schneller wachsen als in anderen pazifischen Regionen. Das Ministerium verspricht sich durch die Zucht einen wirtschaftlichen Aufschwung durch neue Arbeitsplätze und Exportgewinne.

Hintergrund: Fast alle Perlen, die heutzutage für die Schmuckherstellung verwendet werden, werden gezüchtet. Zur Zucht wird ein Nukleus in Form eines gedrehten runden Kerns aus der Schale der Mississippi-Muschel – einer amerikanischen Süßwassermuschel – zusammen mit einem Stück Mantelgewebe einer Spendermuschel in das Tier operiert, worauf es einige Jahre in frei hängenden Muschelkörben im Meer heranwächst. Die Muscheln können im Meer etwa zwei Jahre lang im so genannten Perlsack eine Perlmuschel um den Nukleus ausbilden, wobei nicht jede Muschel den Nukleus annimmt oder die Operation überlebt. Nur 30% der Muscheln produzieren Perlen. 10% sind kommerziell nutzbar, lediglich 3% sind perfekt rund und nur 0,5% erreichen die höchste Qualitätsstufe. Das bedeutet: Rund 25.000 Nukleus-Einsetzungen ergeben etwa 125 perfekte Perlen. Nur einige wenige von weltweit 10.000 Muschelarten können Schmuckperlen hervorbringen. Bei der Zucht im Meerwasser kommen Muscheln der Gattung *Pinctada* (Perlauster) zum Einsatz. Der Wert einer Perle wird auf Grund von Lüster, Farbe, Größe, Makellosigkeit und Symmetrie ermittelt.

Für die Zucht von „schwarzen Perlen“ sind im Pazifik Tahiti (Französisch-Polynesien) und Manahiki (Cook-Inseln) bekannt. Die teuerste Perle der Welt ist die *La Regente* mit einem Verkaufswert von derzeit 2,1 Millionen Euro. (*SIBC* 31.01.07, *Wikipedia*)

FIDSCHI

Fiji Water will Evian überholen

Der Mineralwasserabfüller Fiji Water hat angekündigt, im Jahr 2007 die Nr. 1 auf dem amerikanischen Markt werden zu wollen. Zurzeit ist Evian (Frank-

reich) die am meisten verkaufte Mineralwassermarke in den Staaten. Man wolle den Vertrieb um 30 bis 40% steigern, erklärte der Amerikaner John Cochran, Geschäftsführer von Fiji Water. Im letzten Jahr hat die Gesellschaft 180 Millionen Flaschen Wasser verkauft, ein Großteil auf dem amerikanischen Markt. Fiji Water hat sich als hochwertiges Mineralwasser etabliert. Durch geschickte Werbeverträge mit Schauspielern und Fernsehsendern sieht man Fiji Water oft im amerikanischen Fernsehen. So trinken die Schauspieler der Serie „Friends“ nur Fiji Water, sowohl im Fernsehen als auch im realen Leben. Durch Verträge mit karitativen Einrichtungen und mit Eventagenturen wird Fiji Water auch auf prestigeträchtigen und öffentlichkeitswirksamen Wohltätigkeitsveranstaltungen oder auf Veranstaltungen der amerikanischen *High Society* getrunken. Es ist „trendy“, sich mit Fiji Water in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Fiji Water hat seine Marktanteile im letzten Jahr auch in Australien und Neuseeland vergrößert. Zunehmend gerät der europäische Markt ins Visier des fidschianischen Unternehmens. In Deutschland kann man Fiji Water über den online-Shop von Rolf Lava (im Internet unter <http://www.madeinfiji.de>) beziehen. 12 Einliterflaschen kosten hier 14,95 €.

Das Wasser mit dem klangvollen Namen „The Taste of Paradise - FIJI Natural Artesian Mineral Water“ entspringt als natürliches Mineralwasser im tropischen und vulkanischen Hochland der Insel Viti Levu. Durch die Weite des pazifischen Ozeans ist diese reine artesische Quelle im Yaqara Tal mehr als 2.500 Kilometer vom nächsten Kontinent entfernt. Die natürliche Filterung durch das Vulkangestein des geschützten Ökosystems garantiert die Reinheit des Quellwassers. Das Wasser wird direkt aus der Quelle in die Flaschen abgefüllt. Hier ein

Auszug aus der Mineralwasseranalyse in mg/Liter: Natrium 17,0 mg, Hydrogencarbonat 121,0 mg, Kalzium 17,0 mg, Nitrat <0,3 mg, Magnesium 13,0 mg, Nitrit nicht nachweisbar, Silizium 85,0 mg, pH-Wert 7,6 und Chlorid 7,0 mg. Fiji Water ist zur Zubereitung von Baby-nahrung geeignet.
(<http://www.fijiwater.com>, *Flash d'Océanie* 25.01.07, <http://www.madeinfiji.de>)

NEUKALEDONIEN

Sprach-Lehranstalt gegründet

Mitte Januar hat der Kongress von Neukaledonien die Einrichtung einer „Kanak Language Academy“ zur Bewahrung der einheimischen Sprachen beschlossen. In den Ausschuss des Gelehrtenvereins sollen acht Mitglieder der größten traditionellen Klans gewählt werden. Sie sollen die rund 28 Sprachen, die in Neukaledonien gesprochen werden, vor dem Aussterben bewahren. Das könnte sich als schwierig erweisen, da einige Sprachen nur in oraler Form vorkommen, es also keine Schriftsprache gibt. Einige seltene Dialekte werden nur noch von wenigen Menschen gesprochen.

Die Kultusministerin und Vizepräsidentin der Landesregierung, Frau Déwé Gorodey, sagte, sie betrachte die neue Hochschule nicht als reinen „Sprachtempel“, sondern als „lebenden Organismus“. Die Neukaledonier hätten bereits viele Wörter aus dem Französischen und dem Englischen entlehnt und in ihren Alltag integriert. Die Akademie müsse auch diese neuen Begriffe dokumentieren und erhalten. Eine Sprache sei lebendig und verändere sich ständig, so Gorodey. Wenige Wochen nach dieser Rede wurde sie zur Ausschussvorsitzenden der neuen Akademie ernannt. Erziehungsminister Charles Washtine wurde ebenfalls in den

Ausschuss berufen, die sechs weiteren Plätze sollen demnächst vergeben werden.

Die Einrichtung der Lehranstalt für die kanakischen Sprachen geht zurück auf eine Klausel innerhalb des so genannten „Nouméa-Abkommens“ von 1998. Das Abkommen sieht einen schrittweisen Übergang der politischen Macht von Frankreich nach Neukaledonien vor, der zwischen 2013 und 2018 in einer Volksabstimmung über die Unabhängigkeit münden soll. Im Abkommen war erstmals die Bedeutung der Kultur und Sprachen der Kanaken (dt. „Menschen“) besonders gewürdigt worden.

Die kanakischen Sprachen gehören zum polynesischen Zweig der austronesischen Sprachen. Von den 28 Sprachen werden 24 auf Grande Terre gesprochen, vier auf den Iles Loyauté. Dabei variiert die Anzahl der Sprecher sehr stark. Mit 17.000 Sprechern ist das Drehu auf Lifou die größte Sprache, es folgt das Nengone auf Maré mit 9.400 Sprechern. 7.900 Menschen sprechen das Paicî. Drei Sprachen (Arhâ, Arhö, Pwapwâ) haben weniger als 100 Sprecher. Vom Aussterben bedroht ist auf jeden Fall das Sishëë, das nur noch von vier Menschen gesprochen wird.

Eine kürzlich erfolgte Bevölkerungsbefragung ergab, dass noch rund 60.000 der 230.000 Einwohner Neukaledoniens mindestens eine der kanakischen Sprachen sprechen. Offizielle Amtssprache des Pays d'Outre Mer (POM, Überseegebiet) ist das Französische. (*Oceania Flash* 18.01.07, 27.02.07, *Islands Business* 19.01.07, Email Lorenz Gonschor 15.02.07, Korrespondenz mit Claire Moyse, CNRS, Paris)

MIKRONESIEN

Größtes Manöver geplant

Guam: Im Oktober des Jahres soll auf Guam das bislang größte Manöver des amerikanischen Militärs stattfinden. Die militärische Übung mit dem Namen „TopOff4“ (Anmerkung der Redaktion: Abkürzung für „top officials“, 4 meint die 4. Übung in einer Reihe von Übungen zur Bekämpfung des Terrorismus) soll noch größer ausfallen als die letztjährige dritte Übung „Valiant Shield“. Damals waren auf Guam 30 Kriegsschiffe, 280 Kampfflugzeuge und 22.000 Soldaten im Einsatz. Zentrum der Übung soll eine fingierte terroristische Attacke vom Meer aus sein.

Felix Perez Camacho, der Gouverneur von Guam, erklärte, die Übung wäre die wichtigste und größte jemals im Nordwestpazifik gehalten. Mit der Entscheidung der US-Regierung, das Manöver auf dem Luftwaffenstützpunkt „Andersen Air Force Base“ stattfinden zu lassen, sei einmal mehr die militärische Bedeutung Guams hervorgehoben worden. Die Insel sei durch ihre Nähe zu Südostasien – vor allem zu China und Nordkorea – strategisch besonders wichtig.

Das Manöver wird von Mitarbeitern des amerikanischen Innenministeriums und von Agenten des Geheimdienstes FBI beobachtet und analysiert werden. Ziel ist es, die Zusammenarbeit verschiedener Einheiten zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu verbessern, um im internationalen Kampf gegen den Terrorismus Vorteile zu haben.

US-Vizepräsident Dick Cheney überzeugte sich bei einem kürzlich erfolgten Besuch Guams persönlich von der Situation auf dem Luftwaffenstützpunkt. Für das Jahr 2008 kündigte er ein um 56% höheres militärisches Budget zum weiteren Ausbau

der Basis an. Der amerikanische Kongress muss das veranschlagte Budget von 345 Millionen US-Dollar jedoch erst noch billigen. Im nächsten Jahr sollen auch 8.000 bisher in Okinawa (Japan) stationierte Soldaten nach Guam verlegt werden. Allein diese Verlegung soll die USA 15 Milliarden US-Dollar kosten.

Hintergrund: Guam ist die größte und südlichste Insel des Marianen-Archipels im westpazifischen Ozean und ein nichtinkorporiertes Territorium der USA mit innerer Autonomie. Die Hauptstadt ist Hagåtña (*Agana*). Die Einwohner sind zwar US-Bürger, dürfen aber nicht an der Wahl zum Präsidenten teilnehmen. Guam schickt einen nicht stimmberechtigten Delegierten in das US-Repräsentantenhaus (zurzeit Madeleine Bordallo von den Demokraten).

Auf Guam leben ca. 171.000 Menschen. Etwa 37,1% der Einwohner sind Chamorro-Mischlinge mit indonesisch-spanisch-philippinischer Herkunft. Guam besteht aus einem flachen, korallinen Kalkplateau auf vulkanischem Untergrund mit steil aufragenden Küstenklippen und einer schmalen Küstenebene im Norden, einer flach gewellten Hügellandschaft in der Inselmitte und Bergen im Süden. Die Insel liegt ungefähr 5.300 km westlich von Hawaii, 2.400 km östlich der Philippinen und 2.500 km südlich von Japan. (*Gulf News online 19.02.07, Flash d'Océanie 20.02.07, Washington Times 20.02.07, Wikipedia*)

Extreme Wasserknappheit

Marshall-Inseln: Eine Dürrekatastrophe hat zu extremer Wasserknappheit auf den Marshall-Inseln geführt. Die Frischwasservorräte reichen nur noch für fünf Tage. Zurzeit sind noch 5,5 Millionen Gallonen (1 Gallone = 4 Liter) Wasser vorrätig. Pro Tag werden ungefähr eine Million Gallonen benötigt.

In der Hauptstadt Majuro gibt es nur noch an zwei Tagen wöchentlich Trinkwasser aus dem Hahn. Zu diesen Einschränkungen sah sich die Regierung gezwungen. Als Ursache für die Dürre gilt das Wetterphänomen El Niño. In Majuro fiel 75% weniger Regen als in vergleichbaren Zeiträumen der Vorjahre. Die Bewohner von Majuro decken ihre Wasservorräte über Niederschläge. Das Regenwasser wird nicht nur zum duschen oder waschen benutzt, sondern auch getrunken. Durch die mangelnden Niederschläge sind die Brunnen und Wassertanks leer. Die Regierung hat an zentralen Plätzen der Hauptstadt Wasseraufbereitungsanlagen aufgestellt. Diese können Salzwasser in Trinkwasser verwandeln. Doch die Anlagen reichen bei weitem nicht aus.

Giff Johnson, Herausgeber des „Marshall Islands Journal“ sagte gegenüber der ABC, die Bevölkerung entwickle Strategien zum Umgang mit dem kostbaren Wasser. So gäbe es in Bars bereits die Drinks nur noch ohne Eiswürfel und die Wäschereien in den Hotels seien geschlossen.

Die Bewohner der Marshall-Inseln hoffen nun auf das Ende von El Niño. Australische Meteorologen haben dies für den März des Jahres vorausgesagt. Seit Oktober vergangenen Jahres hatte das Klimaphänomen im gesamten westlichen Teil des Pazifiks, vor allem auch in Australien, für Dürre, Buschbrände und Missernten gesorgt. Mit dem Ende von El Niño werden ausgiebige Regenfälle erwartet. (*Pacific Beat 02.03.07, Flash d'Océanie 22.02.07*)

Hafen eingeweiht

Kiribati: Ein Vertreter der japanischen Regierung hat Ende Februar den Hafen von Betio, einer Insel im Süden des Atolls Tarawa (Kiribati), eingeweiht. Japan hatte zur Renovierung des Hafens mit fünf Millionen

US-Dollar beigetragen. Aus dem Hafen von Betio starten alle Schiffe zu ihren Fischfangzügen.

Der Fischfang hat für Kiribati enorme wirtschaftliche Bedeutung. Die Europäische Union hat nach 2003 bereits ein zweites Abkommen über Fischfangrechte in den Hoheitsgewässern des mikronesischen Staates geschlossen. Das im Juli 2006 für einen Zeitraum von sechs Jahren beschlossene partnerschaftliche Fischereiabkommen erlaubt EU-Staaten den Einsatz von 16 Schiffen, darunter zwölf Langleiner und vier Ringwadenfänger, zum ausschließlichen Fang von 6.400 Tonnen Thunfisch jährlich. Der jährliche Finanzbeitrag der EU beläuft sich auf 478.000 €. Der Beitrag setzt sich zusammen aus einer Gegenleistung von 416.000 € für ein Referenzgewicht von 6.400 Tonnen Thunfisch jährlich und einer spezifischen Mittelzuweisung von 62.400 € zur Förderung der Durchführung der kiribatischen Fischereipolitik.

(*Flash d'Océanie 22.02.07, http://www.europa.eu/index_de.htm*)

POLYNESIEN

WESTPOLYNESIEN COOK-INSELN

Redaktion vorübergehend geschlossen

Tonga: Die Redaktionsräume der pro-demokratischen tonganischen Zeitung „Kele'a“ sind an einem Sonntag Mitte Februar vorübergehend von Polizeikräften geschlossen worden. Die „Tonga Defence Services“ (TDS) begründeten die Schließung mit der fehlenden Lizenz der Zeitung. Nur Zeitungen mit einer Presselizenz dürfen in Tonga erscheinen. Die Lizenz erhält eine Zeitung nur dann, wenn sie sich zu mindestens 80 % im Besitz eines auf Tonga

lebenden Tonganers befindet. TDS sagte, die Redakteure der Zeitung hätten an einem Sonntag in einem Sperrgebiet der Hauptstadt Nuku'alofa gearbeitet, was seit Ausrufung des Notstands wegen der politischen Unruhen verboten sei. Ein TDS-Sprecher erklärte, man habe ein ständiges Kommen und Gehen von Personen in den Redaktionsräumen beobachtet. Es seien mehr als fünf Personen anwesend gewesen. So vielen Menschen sei das Arbeiten am Sonntag gemäß der strengen christlichen Auffassung eines „arbeitsfreien Sonntags“ untersagt.

Der Chefredakteur von Kele'a, Tavake Fusimalohi, widersprach dieser Darstellung. Die Redaktionsräume seien geschlossen worden, weil seine Mitarbeiter an einem Artikel über Korruption innerhalb der Regierung arbeiteten. Redakteure arbeiteten stets am Sonntag, um die Montagsausgabe zu produzieren. Mitarbeiter in Büros anderer Unternehmen im gleichen Bürogebäude hätten ebenfalls am Sonntag gearbeitet, seien jedoch von der Polizei nicht daran gehindert worden.

Am Montag konnten die Redakteure wie gewohnt ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die „Kele'a“ wird von dem Mitbegründer des „Human Rights and Democracy Movement“, Akilisi Pohiva, herausgegeben. (*Pacific Beat* 13.02.07, *RNZI* 13.02.07, *Pacnews* 13.02.07, www.planet-tonga.com/tongatimes/kelea/)

Ausbruch von Dengue-Fieber

Cook-Inseln: Die Gesundheitsbehörde der Cook-Inseln hat sich besorgt über den aktuellen Ausbruch von Dengue-Fieber auf der Hauptinsel Rarotonga gezeigt. Seit Anfang des Jahres wurden 700 Fälle gemeldet. Bisher gab es noch keinen Todesfall. Das Krankenhaus in Rarotonga ist jedoch überfüllt,

so dass gewerbliche Räumlichkeiten umfunktioniert werden mussten.

Chris Wong, Hauptgeschäftsführer der Cook Islands Tourism Cooperation, sagte in einem Interview mit der ABC, von der Epidemie seien nur wenige Touristen betroffen, da die meisten Unterkünfte mosquitofrei seien.

Die Gesundheitsbehörde plant eine weiträumige „Sprühkampagne“ mit Insektiziden an Orten, wo sich Mosquitos gerne aufhalten. Die Massenerkrankung wurde durch die extremen Regenfälle der letzten Wochen und das feucht-warme Klima begünstigt. Die Mosquitos konnten sich so rasant vermehren. Die Behörde hat die Menschen aufgefordert, stehendes Wasser (Wasser in Regentonnen etc.) zu entsorgen, da sich die Mückenlarven darin besonders gut vermehren.

Hintergrund: Das Dengue-Fieber ist eine virale Infektionskrankheit, die von vier verschiedenen Serotypen des Dengue-Virus verursacht wird. Die Symptome sind oft unspezifisch oder einer schweren Grippe ähnlich, können aber auch innere Blutungen umfassen. Deshalb zählt man das Dengue-Fieber zu den hämorrhagischen Fiebern. Die Krankheit stammt ursprünglich aus Afrika, ist vor etwa 600 Jahren nach Asien eingeschleppt und mittlerweile auch in Amerika dokumentiert worden. Seit etwa 200 Jahren beobachtet man in vielen tropischen Gebieten ein epidemisches Auftreten. Auch nach Europa wird das Fieber regelmäßig eingeschleppt. Mit jährlich etwa 2000 Fällen gehört Dengue zu den häufigsten viralen Infektionen bei deutschen Urlaubern. Jährlich werden einige 10 bis 100 Millionen Menschen von dieser Erkrankung befallen, etwa 95% der Infizierten sind Kinder. 1999 war das Dengue-Fieber die am häufigsten durch Mücken übertragene Viruskrankheit. Etwa 2 bis 5% der Erkrankten sterben an die-

sem Fieber, insbesondere Kinder und Jugendliche. Die Viren werden ausschließlich durch den Stich von Stechmücken der Arten *Aedes aegypti* (Gelbfiebermücke) oder *Aedes albopictus* (Asiatische Tigermücke) übertragen. Der beste Schutz ist tagsüber die Vermeidung von Stichen durch Schutzkleidung, Sprays und Moskitonetze, denn die Mücken sind tagaktiv. (*Asia Pacific* 02.03.07, *Deutsches Grünes Kreuz online*, *Flash d'Océanie* 05.03.07)

Zweites Referendum geplant

Tokelau: Mitglieder der lokalen Regierung von Tokelau sind zurzeit auf „Stimmenfang“ im Pazifik unterwegs. Sie werben u.a. in Samoa, Neuseeland und Australien bei den dort lebenden Bürgern Tokelaus für ihre Teilnahme am geplanten zweiten Referendum. Diese Volksabstimmung über die politische Zukunft der neuseeländischen Kolonie ist für den November 2007 geplant. Die rund 1.500 Tokelauer sollen erneut entscheiden, ob sie bei Neuseeland verbleiben wollen, oder ob sie ein unabhängiger Staat werden wollen. Die erste Volksabstimmung zu dieser Frage war 2006 an dem Wahlergebnis gescheitert. Zwar hatte sich die Mehrheit (rund 60%) für die Unabhängigkeit ausgesprochen, aber laut neuseeländischem Wahlrecht wäre eine Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen.

Seit langem wird Tokelau von den Vereinten Nationen zu mehr Selbstständigkeit gedrängt, doch die Insulaner befürchten bei einer etwaigen Unabhängigkeit den Verlust der finanziellen Unterstützung von Neuseeland. Würden die Zuwendungen komplett wegfallen, könnte Tokelau in seiner heutigen Form nicht überleben. Außerdem zweifeln viele Tokelauer an den Führungsqualitäten ihrer Politiker. Allen Bedenken zum Trotz tra-

ten im Jahr 2004 diverse bedeutende Änderungen im politischen Leben Tokelaus in Kraft. Beispielsweise wurden dem Tokelau-Büro in Apia (Samoa) bzw. dem Administrator (Anmerkung der Redaktion: Der Administrator von Tokelau, David Payton, ist der vom neuseeländischen Außenminister benannte Verwalter Tokelaus) einige Zuständigkeiten im Bereich des öffentlichen Dienstes entzogen und an die drei örtlichen Atoll-Verwaltungen übertragen. (*Flash d'Océanie* 22.01.07, <http://www.tokelau-info.de>, *Samoa Observer* 28.02.07)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Temaru durch Misstrauensvotum gestürzt - Tong Sang neuer Präsident

Französisch-Polynesien: Der seit anderthalb Jahren amtierende, für die Unabhängigkeit eintretende Präsident Oscar Temaru, wurde am 13. Dezember durch ein Misstrauensvotum der Versammlung Französisch-Polynesiens seines Amtes enthoben und damit die von ihm geführte Landesregierung abgesetzt.

Bereits in den Monaten zuvor hatten sich Spannungen innerhalb der knappen Mehrheitskoalition UPLD (Union pour la Démocratie) entwickelt. Temarus ursprünglicher Koalitionspartner Emile Vernaudon hatte die Koalition bereits im April verlassen und sich mit der profranzösischen Oppositionspartei Tahoeraa Huiraatira („Vereinigung der Bürger“) des ehemaligen Präsidenten Gaston Flosse verbündet. Temaru hatte daraufhin seine Parlamentsmehrheit durch eine Allianz mit vier opportunistischen Abgeordneten von den Tuamotu- und Marquesas-Inseln, die ursprünglich als Mitglieder der Tahoeraa-Partei gewählt worden waren, zunächst gerettet, doch die neue Mehrheit erwies sich als sehr

instabil. Während der Monate Oktober und November hatten sich die Anzeichen für einen möglichen erneuten Seitenwechsel der vier fortan als „Îliens“ (Insulaner) bezeichneten Politiker verstärkt, und Ende November waren die Mehrheitsverhältnisse vollkommen unklar. Nach langen Debatten und Verzögerungen wurde dann aber am 7. Dezember der Haushalt für das Jahr 2007 mit den Stimmen der UPLD inklusive der vier „Îliens“ beschlossen, so dass Temarus Mehrheit erneut gesichert schien.

Wenige Tage später brachte jedoch die Tahoeraa-Fraktion einen Misstrauensantrag ein, und überraschenderweise erhielt dieser am 13. Dezember eine Mehrheit von 29 Stimmen, womit klar war, dass die „Îliens“ die Seiten gewechselt hatten. In den folgenden zwei Wochen blieb die Temaru-Regierung kommissarisch im Amt, während sich die neue Mehrheit konsolidierte. Tahoeraa, zwei kleinere Parteien und die vier „Îliens“ bildeten unter dem Namen „Plate-forme Autonomiste“ eine neue Regierungskoalition. Da Gaston Flosse und sein Schwiegersohn und designierter Nachfolger Edouard Fritch, beide in der Bevölkerung äußerst unpopulär, für die neuen Koalitionspartner unakzeptabel waren, einigte man sich schließlich auf Gaston Tong Sang, den Bürgermeister der Insel Bora-Bora, als Kandidaten für das Präsidentenamt.

Am 26. Dezember wurde schließlich Tong Sang mit einer Mehrheit von 31 Stimmen gegen 26 für Temaru zum neuen Präsidenten gewählt. Neben den Mitgliedern der neuen Koalition hatten auch die zwei Abgeordneten der bislang strikt neutralen Partei Fetia Api des Versammlungspräsidenten Philip Schyle für Tong Sang gestimmt. In seiner Antrittsrede versprach letzterer, sich um die Konsolidierung der angeschlagenen wirtschaftlichen Lage des Landes

und eine bessere Kooperation mit der französischen Zentralregierung zu bemühen. Temaru dagegen verurteilte die Machtübernahme der Opposition als Ergebnis einer Verschwörung, die von Paris aus ferngesteuert wurde, um seine Regierung zu sabotieren.

Der neue Präsident, Sohn eines chinesischen Händlers und einer Nachfahrin der königlichen Familie von Bora-Bora, erhielt eine Ausbildung als Verwaltungsingenieur in Frankreich und steht seit 1989 an der Spitze der Gemeindeverwaltung seiner Heimatinsel. Innerhalb der Tahoeraa-Partei gilt er als besonnen und sachkompetent.

Drei Tage nach seiner Wahl präsentierte Tong Sang sein neues Kabinett aus 15 Ministern. Vize-Präsident ist Temauri Foster, Bürgermeister des Tuamotu-Atolls Hao und Anführer der vier „Îliens“. Insgesamt stellt die Tahoeraa sieben Minister, die meisten davon ehemalige Minister aus vorherigen Kabinetten unter Flosse. Auffällig ist die Abwesenheit von Flosse und seinem engsten Kreis. Ebenso auffällig ist die Überrepräsentation der Gruppe der „Îliens“ im Kabinett, mit vier Ministern, und ebenso die der kleinen Parteien Rautahi und Ai'a Api mit jeweils zwei. Die „Îliens“ haben damit im politischen Machtspiel äußerst erfolgreich gespielt: Von einfachen Hinterbänklern in der Tahoeraa sind sie im Laufe von zwei Jahren zu „Königsmachern“ in der Versammlung aufgestiegen und haben nun in der neuen Regierung führende Positionen inne.

Insbesondere diese vollkommen opportunistische Positionierung der „Îliens“ führte zu starker Kritik unter der Bevölkerung. Insgesamt wurde bemängelt, dass in dem neuen Kabinett die äußeren Inseln gegenüber Tahiti (wo sich mehr als 70% der Bevölkerung konzentrieren) überrepräsentiert sind. Zudem wurden bereits wenige Tage nach

der Regierungsbildung starke Spannungen innerhalb der Ta'hoeraa zwischen dem harten Kern der Flosse-Anhänger und dem Rest der Partei deutlich. Zur ersten regulären Sitzung der Versammlung nach dem Machtwechsel Anfang Januar fehlte der neuen Regierung die Mehrheit, weil Flosse und zwei andere Ta'hoeraa-Abgeordnete abwesend waren. Die UPLD brachte daraufhin ihrerseits einen Misstrauensantrag gegen Tong Sang ein, der aber am 18. Januar scheiterte.

Temaru kündigte an, weiterhin alles zu tun, um die seiner Meinung nach illegitime neue Regierung zu blockieren. Seit Mitte Januar demonstrierten jede Woche mehrere hundert UPLD-Anhänger gegen Tong Sang und forderten ihn zum Rücktritt auf. Grund für diese Proteste ist ein laufendes Ermittlungsverfahren gegen Tong Sang, der vor fünf Jahren als damaliger Minister für Landangelegenheiten unter Flosse in einen Korruptionsskandal verwickelt war. Temaru meinte, der Anstand gebiete es einem Politiker in jedem westlichen Land, für die Dauer eines Ermittlungsverfahrens von seinen Ämtern zurückzutreten. Die politische Lage scheint somit weiterhin instabil.

Anfang Januar reiste Tong Sang nach Paris, um Präsident Chirac und andere Regierungsmitglieder zu treffen, und die unter Temaru abgekühlten Beziehungen zu Frankreich zu intensivieren. Dass er weniger als zwei Wochen nach seiner Wahl eine Privataudienz mit Chirac bekam, während Temaru mehr als ein Jahr auf ein Treffen mit dem französischen Präsidenten warten musste, bestätigt auf deutliche Weise, dass sich Paris gegenüber Papeete nicht politisch neutral verhält. Die Regierung Tong Sang konnte außerdem bewirken, dass die französische Nationalversammlung Ende Januar beschloss, das Wahlsystem in Französisch-Polynesien zu ändern und die seinerzeit von

Flosse gewünschte 30%-Bonusklausel, die Temaru 2004 zu seinem Wahlsieg verholfen hatte, abzuschaffen.

Unter der Bevölkerung Französisch-Polynesiens wurde all dies mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die meisten Leute sind von der Politik insgesamt sehr enttäuscht und zeigten weder Jubel noch Trauer über den Regierungswechsel. Während sich die Freude über die Rückkehr der Ta'hoeraa nach den Erfahrungen mit über 20 Jahren korrupter Herrschaft von Flosse in Grenzen hält, ist die anfängliche Euphorie für Temaru und seine Politik der „Tui Roa“ (Großen Wende) ebenfalls verflogen. Obwohl Temaru als einer der wenigen lokalen Politiker eine echte Vision für die Zukunft des Landes hatte, tat seine Regierung nur wenig konkrete Schritte zur Umsetzung dieser Vision, und trotz der Versprechen, mit dem unter Flosse etablierten System der Vetternwirtschaft und des Klientelismus zu brechen, hatten viele UPLD-Regierungsmitglieder ähnliche Machenschaften fortgesetzt. Hinzukam, dass Temarus Pläne, das Land in die Unabhängigkeit zu führen, von der Opposition permanent kritisiert wurden, und viele Leute deren pro-französischer Propaganda Glauben schenken. Die Politiker der UPLD versäumten es, ihre moralischen Standards und politischen Visionen rigoros umzusetzen. Stattdessen erlagen sie, nachdem sie in Kontrolle des von Frankreich ultrasubventionierten lokalen Regierungsapparates gelangt waren, der Versuchung, diesen auf ähnliche Weise zu nutzen, wie es Flosse zuvor getan hatte. Da es aber die Grundlage ihrer Ideologie war, dieses System abzulehnen, verwickelten sie sich in innere Widersprüche und gelangten schließlich in einen Teufelskreis, an deren Ende der Machtverlust stand. *(Artikel von Lorenz Gonschor/Hawai'i. Quellen: Tahitipresse, Tahiti Pacifique, Les Nouvelles de Tahiti, La Dépêche de Tahiti, Augenzeugnis der Präsidentenwahl)*

Hausbesetzer vertrieben

Französisch-Polynesien: Rund 80 Familien sind aus ihren Häusern in Faa'a, einem Vorort der Hauptstadt Papeete, mit Polizeigewalt vertrieben worden. Ein Gerichtsentscheid hatte die Besiedlung eines Geländes für unrechtmäßig erklärt und die Siedler damit zu illegalen Landbesetzern degradiert. Die Familien hatten sich in den leer stehenden Gebäuden des ehemaligen „Country Club Hotels“ neuen Wohnraum geschaffen. Das Gelände ist jedoch Eigentum einer Gesellschaft zur Förderung des Hotelgewerbes (Société Polynésienne du promotion hôtelière, SPPH). Die SPPH will auf dem Gelände ein neues Hotel bauen. Die Siedler hatten bisher den geplanten Neubau verhindern können, da sie die Zufahrt für schwere Baufahrzeuge blockierten und sich nicht aus dem leer stehenden Hotelkomplex vertreiben lassen wollten. SPPH klagte vor Gericht und bekam Recht. Trotz der Anordnung, das Gelände zu verlassen, weigerten sich die Landbesetzer, so dass sie letztendlich mit Polizeigewalt vertrieben werden mussten. *(Oceania Flash 27.02.07, Tahitipresse online)*

HAWAI'I

Gouverneurin plant Subventionierung von Grundnahrungsmitteln

Die Gouverneurin des US-Bundesstaats Hawai'i, Linda Lingle, kündigte Anfang des Jahres an, eine Gesetzesvorlage vorzubereiten, nach der Grundnahrungsmittel zukünftig von der Mehrwertsteuer ausgenommen werden sollen. Aufgrund der extrem dichten Besiedlung der Inseln gibt es insbesondere auf der Hauptinsel O'ahu nur noch wenig landwirtschaftlich nutzbare Flächen, so dass die meisten Lebensmittel aus den über 4.000 km entfernten USA importiert werden müs-

sen. Neben den Transportkosten werden beim Verkauf dann auch noch Steuern aufgeschlagen. Die Lebenshaltungskosten sind daher extrem hoch, und Lebensmittel kosten im Durchschnitt doppelt so viel wie in den USA oder in Europa. Hinzu kommt, dass die Mieten bis zu dreifach über dem deutschen Niveau liegen. Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung kann sich das nicht leisten und lebt in teilweise extremer Armut. Tausende wohnen als Obdachlose an Stränden oder auf der Straße, und mehrere zehntausend leben an der absoluten Existenzgrenze, womit gemeint ist, dass sie bei Verlust ihres derzeitigen Arbeitsplatzes sofort in die Obdachlosigkeit fallen würden. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass nach Schätzungen mehrere zehntausend Einwohner Hawaiis entweder unterernährt oder durch den dauerhaften Konsum minderwertiger Nahrungsmittel fehlernährt sind. Eine Befreiung der Grundnahrungsmittel von der Mehrwertsteuer würde die Preise etwas absenken, doch das Grundproblem der übersteuerten Lebenshaltungskosten wäre damit noch lange nicht gelöst.

(Artikel von Lorenz Gonschor/Hawai'i. Quellen: Pacific Business News, Radio Island 98.5)

Bau einer S-Bahnlinie beschlossen

Die Stadtverwaltung von Honolulu unter Federführung des Bürgermeisters Mufi Hanemann hat den Bau einer S-Bahn entlang der Südküste der Hauptinsel O'ahu beschlossen. Der Bau der 30 km langen Linie, die die Altstadt von Honolulu im Südosten der Insel mit dem Ala-Moana-Einkaufszentrum, dem Flughafen, dem Aloha-Sportstadion, dem Pearlridge-Einkaufszentrum und dem riesigen Neubaugebiet Kapolei in Südwesten verbinden wird, soll Ende 2009 beginnen und 2017 fertig gestellt sein. Die Kosten des Projekts werden auf 3,6

Milliarden US-Dollar geschätzt, wovon eine Milliarde als Zuschuss von der US-Bundesregierung übernommen werden soll. Damit soll es Pendlern ermöglicht werden, ohne Auto schnell von einem Ende der Stadt zum anderen gelangen. Das derzeitige Straßennetz mit zwei parallel verlaufenden vierspurigen Straßen entlang der Südküste wird dem zunehmenden Autoverkehr immer weniger Herr. Täglich kommt es zu den Stoßzeiten zu kilometerlangen Staus. Mit etwa einer Million Einwohnern ist die nur 1.500 Quadratkilometer große Insel bereits jetzt vollkommen überbevölkert, doch täglich lassen sich neue Einwanderer aus den USA in Hawai'i nieder.

Ein Blick in die Geschichte zeigt einmal mehr die fehlgelaufene Langzeitplanung der US-Verwaltung in Hawai'i. Ende des 19. Jahrhunderts wurde eine Eisenbahnlinie um fast die gesamte Insel gebaut, doch dann im Zuge des Autobooms in den 1950er Jahren stillgelegt und die Schienen unüberlegt bis auf wenige Stellen entfernt. Hätte man den Gleiskörper belassen, könnte man ihn heute für einige Millionen Dollar sanieren. Statt dessen muss nun eine neue Trasse für Milliarden gebaut werden. (Artikel von Lorenz Gonschor/Hawai'i. Quelle: Honolulu Advertiser)

AOTEAROA/NZ.

Waldvogel ausgestorben

Mitte Januar hat die neuseeländische Abteilung für Artenschutz den Waldvogel „Kokako“ (lat. *Callaeas cinerea cinerea*) auf der Südinsel von Neuseeland für ausgestorben erklärt. Der Waldvogel ist endemisch in Neuseeland und kommt in zwei Unterarten auf der Nord- und Südinsel vor. Die Arten unterscheiden sich nur in der Farbe des ‚Kehlkopfs‘ unterhalb des Schnabels. Auf der Nordinsel soll es noch rund 400 (meist

männliche) Vögel geben. Nachdem auf der Südinsel seit 1967 kein Kokako mehr gesichtet wurde, hat man ihn nun endgültig für ausgestorben erklärt. Damit gilt der „Kokako Recovery Plan“ der Artenschutzabteilung und der „Royal Forest and Bird Protection Society“ zumindest für die Südinsel als gescheitert.

Die Abteilung für Artenschutz begründete das Aussterben mit dem Verschwinden des bevorzugten Habitats der Vögel, den tropisch-feuchten Regenwäldern, die zugunsten intensiven Ackerbaus weichen mussten. Ratten und Opossums, die sich an den Eiern gütlich tun, hätten ein Übriges getan. Hinzu kommt ein langsamer Reproduktionszyklus der Weibchen.

Der Kokako fliegt selten, sondern bewegt sich auf seinen großen Füßen und langen Beinen rennend und springend in großer Höhe durch das Blätterwerk der Bäume. Vogelliebhaber schätzen den charakteristischen harmonischen Gesang des Vogels zum Sonnenuntergang, auch genannt „Te Koha Waiata - the gift of song.“

Inzwischen hat der neuseeländische Umweltschutzminister Chris Carter auch eine Liste der in Neuseeland vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten vorgestellt. Darin sind 2.788 Arten gelistet, deren Überleben in Frage gestellt wird. Eine solche Liste wird vom Umweltschutzministerium seit 2002 jährlich erstellt. Sie dient der Regierung als Maßstab bei der Entwicklung von Schutzmaßnahmen für die bedrohte Flora und Fauna. (Flash d'Océanie 16.01.07, <http://www.nzbirds.com/birds/kokako.html>, <http://www.kokakorecovery.org.nz/>, <http://www.doc.govt.nz/>)

**INDONESIEN
WESTPAPUA
TIMOR LORO SAE**

Neue Militäroffensive

Westpapua: „Die indonesische Regierung will keinen Dialog mit den Papua“, schreibt Father Neles Tebay, Professor an der Theologisch-Philosophischen Hochschule in Abepura (Westpapua) in der indonesischen Zeitung „The Jakarta Post“ vom 12. Februar 2007. „Jakarta scheint nicht willens, sich auf einen Dialog mit den indigenen Papua einzulassen. Das könnte von diesen jedoch so verstanden werden, als interessiere die Regierung das Leiden der Papua nicht“, schreibt Tebay in dem Artikel „Papuans need more than food and funds“ weiter.

Drastisch schildert er das Leiden der Papua. Die Gemeinschaft von Kirchen in Westpapua hat einen Bericht vorgelegt, der feststellt, dass in der Region Mulia (Punjak Jaya) im zerklüfteten Hochland mindestens 2000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder aus einer Reihe von Dörfern auf der Flucht sind. Sie fürchten, dass sie vom indonesischen Militär für Separatisten gehalten und möglicherweise erschossen werden. Deshalb halten sie sich im Wald versteckt oder suchen Unterschlupf bei entfernt lebenden Verwandten und Bekannten. Tebay nennt namentlich vier Personen, die bereits auf der Flucht gestorben sind.

Wie erwartet, leugneten die Bezirksregierung wie auch das indonesische Militär den Bericht der Kirchen. Der Sprecher des Militärs, Colonel Imam Santosa, ließ über die Presse verbreiten, dass die Kirchen falsch informierten.

Tebay schildert, dass sich in der gleichen Gegend schon einmal im Jahr 2004 die gleichen Flüchtlingsdramen abgespielt

haben. „Solange nicht über die Wurzeln des sog. Separatismus der Papua gesprochen wird, werden die Papua dieser Gegend pauschal verdächtigt, dass sie den Separatistenführer Goliat Tabuni unterstützen.“ Der Führer der papuanischen Unabhängigkeitsbewegung OPM, Goliat Tabuni, soll sich in dieser Gegend versteckt halten.

„Immer mehr indonesische Truppen und ein immer dichter werdendes Netz von Polizei- und Militärposten in Papua werden keine Stabilität bringen. [...] Wir benötigen dringend eine Politik der Konfliktprävention durch einen friedlichen Dialog, der unter Mitwirkung einer neutralen dritten Seite geführt wird“, fordert Father Tebay.

Tebays Äußerungen werden gestützt vom 32. Westpapua-Bericht des „West Papua Advocacy Team“ (WPAT) des Robert F. Kennedy Memorial Center für Menschenrechte aus Washington (USA). In dem im Januar vorgelegten Bericht wird auf die neue indonesische Militäroffensive im Hochland bei Punjak Jaya hingewiesen. Nach willkürlichen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung mit der Begründung, diese schütze OPM-Mitglieder vor dem Militär, haben sich tausende Menschen in den Urwald geflüchtet. Angeblich hatten OPM-Mitglieder zuvor zwei indonesische Soldaten getötet. Menschenrechtsexperten befürchten nun weitere Racheakte des Militärs für den Tod der Soldaten. Schon einmal war es im Jahr 2004 zu einer großen Militäroffensive in Punjak Jaya mit Folterungen, Morden, Brandstiftung, der Zerstörung von Gärten und dem Abschachten des Viehbestands gekommen.

(<http://westpapuanetz.de>, West Papua Report des WPAT, Januar 2007)

Indonesien gräbt Atompläne aus

Die internationale Atomenergiebranche freut sich – Umweltschützer und Menschenrechtler schlagen Alarm. Die wegen rücksichtsloser Regenwaldzerstörung für die Biodieselproduktion aus Palmöl in die Kritik geratene indonesische Regierung hat tief in alten Schubladen gegraben und ein Nuklearenergieprogramm aus den 80er Jahren hervorgeholt: Das Land will vier neue Kernkraftwerke mit einer Kapazität von je einem Gigawatt bauen und dafür mehrere Milliarden Dollar investieren.

Berichten der „Jakarta Post“ zufolge beschlossen Indonesien und Südkorea schon Ende vergangenen Jahres ein nukleares Kooperationsabkommen über den gemeinsamen Bau neuer Atomkraftwerke und den Austausch von Technologie und Kernbrennstoffen. Spätestens 2010 solle der erste große, kommerzielle Atommeiler auf Java im Bau sein. 2017 würde das fast fünf Milliarden US-Dollar teure Kraftwerk ans Stromnetz gehen, so der Zeitplan des indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono. Mit im

„Atom-Boot“ sitzt auch Australien, das Indonesien gleichfalls beim Ausbau der Nuklearenergie „helfen“ will – um künftig australisches Uran nach Jakarta liefern zu können. Wie die „Jakarta Post“ weiter berichtete, entstehe gerade mit Hilfe des russischen Energiekonzerns RAOUES ein kleines Atomkraftwerk mit 90 Megawatt Leistung bei Gorontalo auf der Insel Sulawesi. Bereits seit rund drei Jahren laufen drei Forschungsreaktoren in dem südostasiatischen Inselstaat.

Die internationale Atomenergiebehörde (IAEA) mit Sitz in Wien begrüßt die nuklearen Ausbaupläne Indonesiens. Bei einem Treffen mit Präsident Susilo Bambang Yudhoyono sagte

IAEA-Direktor General Mohamed El Baradei im vergangenen Dezember: „Wir unterstützen Indonesiens heutige Anstrengungen für seine geplanten Atomkraftwerke.“

Internationale und nationale Umweltschutzgruppen allerdings, vor allem Friends of the Earth Indonesia (WALHI) und die neue Anti-Nuclear Alliance (MANUSIA) lehnen die Atompläne rigoros ab: „Sichere Kernreaktoren sind ein Mythos“, warnen sie. Ein Atomunfall könne in jedem Reaktor passieren. Das quasi ohne kritische Beteiligung der Öffentlichkeit beschlossene nukleare Ausbauprogramm der Regierung falle außerdem dem Demokratisierungsprozess in den Rücken, so ein Sprecher von MANUSIA. Überdies sind weite Teile des Landes stark erdbebengefährdet.

Ein weiteres Problem: Uranbergbau, der Unmengen giftigen Abraums hinterlässt und Grundwasser und Bevölkerung in der Abbauregion verseuchen kann. Indonesiens bekannte Uranminen liegen in West- und Zentral-Kalimantan. Weitere Uranvorkommen werden in Ost- und West Nusa Tenggara sowie im seit den 60er Jahren von Indonesien annektierten Westpapua vermutet.

Ein französisches Minenunternehmen sei zwar bereits in West-Kalimantan tätig. Doch sollte die Ausbeutung der Uranminen unter indonesischer Kontrolle bleiben, so ein Beschluss der Regierung vom vergangenen November. Der Rohstoff sei von energiestrategischer Bedeutung, erklärt Mangantar Marpaung vom Ministerium für Energie und mineralische Rohstoffe. Dennoch könnten ausländische Firmen, wie zum Beispiel das französische Unternehmen, unter Leitung und Kontrolle der Regierung beim Uranabbau mitarbeiten.

Erst im vergangenen Dezember bekräftigten über zweihundert Repräsentanten indigener Völker beim Indigenous World Uranium Summit (IWUS) in Window Rock (USA), dass das radioaktive Erz im Boden bleiben solle. Schon der zu weiträumiger radioaktiver Verschmutzung führende Uranbergbau sei ein nicht zu rechtfertigender Umwelt- und Menschenrechtsskandal, da die meisten Uranlagerstätten auf Territorien von indigenen Völkern lägen – wie zum Beispiel auf Kalimantan oder in Westpapua, Heimat von Hunderten Völkern, deren traditionelle Land-, Boden- und Wasserrechte bis heute von Indonesien faktisch nicht berücksichtigt werden. *(Artikel von Norbert Suchanek. Mit freundlicher Genehmigung des Autors vom 07.03.07.)*

Ex-Rebelle ist neuer Gouverneur

Aceh: Bei den ersten direkten und freien demokratischen Wahlen in der indonesischen Provinz Aceh haben die unabhängigen Kandidaten Irwandi Yusuf und Muhammed Nazar das Amt des Gouverneurs bzw. des Vizegouverneurs mit 38,2% der Stimmen errungen. Das gab der Leiter der Wahlkommission am 29. Dezember 2006 bekannt. Die Wahlbeteiligung unter den 2,6 Millionen Wahlberechtigten war mit 83% sehr hoch.

Die Wahl der unabhängigen Kandidaten kam überraschend für die indonesische Regierung, die Mitglieder der nationalen indonesischen Parteien bevorzugt hätte. Mit der Wahl am 11. Dezember 2006 hätten die Bürger ein Signal gesetzt und der großen Einflussnahme des indonesischen Staates auf die Provinz Aceh eine klare Absage erteilt, urteilten Vertreter von Nichtregierungsorganisationen.

Gouverneur Irwandi Yusuf ist Tierarzt. Neben seiner offiziellen Tätigkeit als Dozent an der Veterinärmedizinischen Universität

von Banda Aceh arbeitete er seit 1990 heimlich für die streng islamische Unabhängigkeitsbewegung „Freies Aceh“ (Gerakan Aceh Merdeka, GAM). 2003 wurde er deswegen in Jakarta festgenommen und zu neun Jahren Haft verurteilt. Als der Tsunami am 26. Dezember 2004 das Gefängnis zerstörte, gelang ihm die Flucht ins Ausland. Von dort aus beteiligte er sich aktiv an den Friedensverhandlungen von Helsinki.

Vizegouverneur Muhammed Nazar ist Vorsitzender der Pro-Referendum-Organisation „Sentral Informasi Referendum Aceh“ (SIRA), die durch einen Beschluss auf dem studentischen Kongress im Januar 1999 gegründet wurde. Nazar wurde nach Verhängung des Kriegsrechts über Aceh festgenommen und ins Gefängnis nach Ost-Java in die Verbannung geschickt. Im Rahmen des Memorandums von Helsinki (August 2005) kam er gemeinsam mit anderen politischen Gefangenen frei.

Yusuf und Nazar haben ihr Amt Anfang Februar angetreten. Sie wollen für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung, eine Reform des Gesundheitswesens und für bessere Bildungschancen eintreten. Der 46-jährige Yusuf hat sich auch dem Kampf gegen die Korruption und gegen die illegale Abholzung der Regenwälder verschrieben.

Erstmals durften Gouverneur und Vizegouverneur direkt vom Volk gewählt werden. Zuvor wurden beide von der Zentralregierung in Jakarta eingesetzt. Das Recht auf freie Wahlen hatte sich die GAM in Helsinki erstritten, als sie ihrem mehr als 30 Jahre andauernden bewaffneten Kampf für ein unabhängiges Aceh abschwor und sich stattdessen mit einer Teilautonomie der Provinz innerhalb Indonesiens zufrieden gab. *(Bot-schaften aus Aceh, Nr. 1/2007, BBC News 09.02.07, BICC Focus 3/Januar 2007)*

AUSTRALIEN

Australisch-Französisches Verteidigungsabkommen

Mitte Dezember unterzeichneten die Verteidigungsminister von Frankreich (Michèle Alliot-Marie) und Australien (Brendan Nelson) ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Verteidigung. Das so genannte „Australia-France Defence Cooperation Agreement“ sieht eine enge Kooperation bei der Überwachung und dem Schutz militärischer Gebiete sowie Absprachen und Austausch beim Einsatz von Material und Menschen in Krisensituationen vor. Es handelt sich um das erste derartige Abkommen, das Australien mit einem europäischen Land geschlossen hat. Das Dokument wurde bei einem Frankreichbesuch des australischen Ministers in Paris unterzeichnet. Dieser begründete die neue Zusammenarbeit mit dem ähnlichen außenpolitischen Umgang, den beide Staaten in Bezug auf die globale Gefährdung der Sicherheit im eigenen Land pflegten. Zudem hätten beide Länder ein grundlegendes Interesse an der Stabilität und Sicherheit in der pazifischen Region. Frankreich werde Australien bei der Überwachung der Hochsee unterstützen, sowie Hilfe bei humanitären Katastrophen und Naturkatastrophen leisten, erklärte Nelson. Außerdem würden französische Polizisten die Verteidigungs- und Polizeikräfte im Pazifik, vor allem im südlichen Teil Ozeaniens, verstärken.

Die französische Verteidigungsministerin Alliot-Marie betonte, dass sich Frankreich nach Ende der pazifischen Atomtests 1996 in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen an die Politik Australiens angenähert habe. (Oceania Flash 15.12.06, <http://www.defence.gov.au>)

Teure Internierungslager

Das australische Internierungslager auf der Insel Nauru kostet die Regierung rund zwei Millionen AUS Dollar pro Monat (ca. 1,2 Mio. €). Das berichtet die australische Australian Broadcasting Corporation (ABC). Für die Aufrechterhaltung des zweiten australischen Internierungslagers auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Manus gibt die Regierung rund drei Millionen AUS Dollar jährlich aus. Insgesamt kosten die seit dem Jahr 2001 bestehenden Lager 27 Millionen AUS Dollar (ca. 16 Mio. €) jährlich.

Die Lager auf den pazifischen Inseln waren eingerichtet worden, um Flüchtlinge so lange zu internieren, bis über ihre Asylansprüche an die australische Regierung entschieden war. Da Australien die als „illegal“ bezeichneten Einwanderer aus dem Land halten wollte, kam nur eine extraterritoriale Sicherheitsverwahrung in Frage - die als „pazifische Lösung“ bekannt gewordenen Lager auf den Inseln. Das Lager auf Nauru galt schon letztes Jahr als aufgegeben, nachdem der letzte dort lebende Insasse, der Iraker Mohammad Faisal, nach fünfjähriger Internierung in ein psychiatrisches Krankenhaus nach Brisbane verlegt worden war. Erst kürzlich wurde Nauru jedoch aufgrund einer angeblichen „Welle“ illegaler Einwanderer aus der indonesischen Provinz Papua (Westpapua) wieder in Betrieb genommen. Zurzeit sind dort acht Personen untergebracht. Im Lager auf Manus befinden sich keine Flüchtlinge.

Die Internierungspraxis der Australier und die harten Lebensbedingungen in den kargen Lagern hatten weltweit Menschenrechtler auf den Plan gerufen und zu Protesten gegen die rigorose Einwanderungspolitik von down under geführt. Amanda Vanstone, die als Einwanderungsministerin verant-

wortlich zeichnete, ist am 23. Januar 2007 im Zuge einer Neustrukturierung des australischen Kabinetts von Premierminister John Howard entlassen worden. Ihr Nachfolger wurde Kevin Andrews, der zuvor für das Sozialministerium verantwortlich war. (ABC 13.02.07, Flash d'Océanie 13.02.07, <http://www.smh.com.au>)

Ärzte sollen sich um Randgruppen kümmern

John Hatzistergos, australischer Gesundheitsminister, hat die Ärzte des Landes öffentlich aufgefordert, sich mehr Zeit für die Gesundheitsprobleme gesellschaftlicher Randgruppen zu nehmen.

Anlass war eine Studie im Auftrag der Regierung des Bundesstaates New South Wales. Die mit der Untersuchung beauftragten Wissenschaftler hatten herausgefunden, dass Patienten aus gesellschaftlichen Randgruppen und ethnischen Minderheiten eine deutlich niedrigere Lebenserwartung haben als die australische Durchschnittsbevölkerung. Die Studie belegt, dass Angehöriger ethnischer Minderheiten öfter und anders krank sind als der Durchschnittspatient. Die Forscher fanden heraus, dass diese Menschen schlechteren Zugang zu haus- und fachärztlichen Leistungen haben.

Gesundheitsminister Hatzistergos sagte, australische Haus- und Fachärzte sollten in ihren Sprechstunden „die besonderen Bedürfnisse“ der Patienten aus ethnischen Minderheitsgruppen berücksichtigen. Laut der Studie treten Krankheiten wie Asthma, Diabetes und Adipositas (Fettleibigkeit) in diesen Gruppen deutlich öfter auf. Die Ärzte sollten sich vermehrt um die Prävention und Therapie dieser Krankheiten bemühen, ordnete der Minister an.

Das australische Gesundheitsministerium will sich in diesem Jahr mit Unterstützung der ärztlichen Berufsverbände des Themas annehmen. (*Deutsches Ärzteblatt online 29.01.07*)

Neuer Botschafter

Zum neuen chinesischen Botschafter in Australien wurde der Diplomat Zhang Junsai berufen, der als Experte für den Pazifik gilt. Junsai ist zurzeit stellvertretender Direktor des Referats für die Angelegenheiten Nordamerikas und Ozeaniens im chinesischen Außenministerium. Zuvor war er drei Jahre als Botschafter in Fidschi tätig. China erhofft sich mit dem Pazifikkenner Junsai einen Vorteil im ewigen „Streit“ zwischen China und Taiwan. China verstärkt gerade massiv seinen Einfluss im Pazifik, um Taiwans Bemühungen um diplomatische Anerkennung entgegen zu steuern. Außerdem will China sich Zugang zu den pazifischen Fischbeständen und den Bodenschätzen sichern. Bei der Vergabe chinesischer Entwicklungshilfegelder an pazifische Staaten hält sich China nicht immer an die Richtlinien einer „guten Regierungsführung“ (good governance), wie sie von Australien forciert werden. Deshalb ist das Verhältnis zwischen Australien und China angespannt. (*Radio Australia 01.03.07*)

„TOK BLONG PASIFIK“

4. Pazifisches Filmfestival

Französisch-Polynesien: Vom 30. Januar bis 3. Februar fand in Papeete, der Hauptstadt Französisch-Polynesiens, das Vierte Pazifische Filmfestival (FIFO, Festival International du Film documentaire Océanien) statt. Gezeigt wurden 39 Filmproduktionen aus Frankreich, den französischen Überseegebieten,

Australien, Neuseeland und kleineren pazifischen Staaten. Das Festival wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, Filmproduktionen von Pazifikinsulanern bzw. Filme über den Pazifik bekannter zu machen. Der Gründer des Festivals und jetzige Direktor des Fernsehsenders „France Télévision“, Wallès Kotra, sagte, man wolle pazifischen Filmen eine „*Stimme in der globalisierten Welt der Fernsehproduktionen und Kinofilme*“ geben.

Gleich mit zwei Preisen wurde der neuseeländische Film „Ma-de in Taiwan: Nathan and Oscar's excellent adventure“ ausgezeichnet. Er bekam den großen Preis der Jury sowie den Publikumspreis. Der 45-minütige Film des neuseeländischen Regisseurs Dan Salmon erzählt die Geschichte zweier in Neuseeland lebender Polynesier, Oscar Kightley und Nathan Rarere, die sich auf eine Reise durch den Pazifik bis hin nach Asien machen, um etwas über den Ursprung ihrer Vorfahren zu erfahren. Nach den Ergebnissen ihrer DNA-Proben reisen die Beiden ihrer Vergangenheit hinterher und landen schließlich in Taiwan.

Den zweiten Preis errang eine Produktion von RFO unter Regie von Gilles Dagneau mit dem Titel „Tjibaou, le pardon“. Der Film zeigt den über 15 Jahre dauernden Versöhnungsprozess zwischen der Familie des ermordeten neukaledonischen Politikers und Unabhängigkeitsbefürworters Jean-Marie Tjibaou und der Familie seines Mörders. Tjibaou und sein Kollege Yeiwéné Yeiwéné waren am 4. Mai 1989 während einer Kundgebung für die Unabhängigkeit Neukaledoniens von Djubelli Wéa ermordet worden. Der Film hat die drei Witwen der Getöteten auf dem langen Weg zu Vergebung und Versöhnung begleitet.

Einen dritten Preis bekam die australische Produktion „Mr. Patterns“ von Catriona McKen-

zie. Sie hat die Lebensgeschichte des Lehrers Geoff Bardon verfilmt, der durch die Wiederbelebung traditioneller Kunsttechniken (Wandmalerei, dot painting) eine Gruppe von australischen Aborigines aus dem Elend geführt hat.

Am Rande des viertägigen Festivals veranstaltete der französische Fernsehsender „Canal France International“ (CFI) vom 22. Januar bis zum 3. Februar einen Workshop für neun pazifische Film- und Medienschaffende. Unterrichtet wurden Techniken zur Erstellung eines Dokumentarfilms. Die Teilnehmer des Workshops kamen aus den Cook-Inseln, Fidschi, Neukaledonien, Papua-Neuguinea, Tonga, Vanuatu und Französisch-Polynesien.

Der Präsident Französisch-Polynesiens, Gaston Tong Sang, hat den Festivalveranstaltern die Summe von 100 Millionen französischen Pazifikfranc (ca. 8380,82 €) für das Festival 2008 zugesagt. Tong sagte, es sei wichtig, pazifische Filme auch in der großen Fernsehindustrie bekannter zu machen. (*Oceania Flash 02., 07.02.07, <http://www.cfi.fr>, <http://newvps102.kaiman.org/filmfestivalocceania.org/articles.php?id=50>, <http://www.smileyfilmdistribution.com>*)

Quantas verweigert Passagier Flug

Australien: Weil der englische Informatiker Allen Jasson ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Bush - Terrorist No. 1“ trug, hat sich die australische Fluglinie Quantas geweigert, den Passagier an Bord der Maschine von Melbourne nach London-Heathrow zu nehmen. Die Fluggesellschaft erklärte das Tragen des T-Shirts zu einem „Sicherheitsrisiko“. Verbale oder sich auf Kleidungsstücken befindliche Kommentare, die andere Fluggäste beleidigen könnten und damit die Sicherheit an Bord gefährdeten, seien nicht tole-

rierbar. Der 55-jährige hatte sich geweigert, das T-Shirt ausziehen und das ihm von der Fluglinie zur Verfügung gestellte Quantas-Werbeshirt anzuziehen. In diesem Fall wäre er ohne Probleme mit geflogen. Jason wollte sich die freie Meinungsäußerung jedoch nicht verbieten lassen.

Die T-Shirts mit dem provokanten Aufdruck wurden u.a. anlässlich des Weltsozialforums in Nairobi als Protest gegen die amerikanische Politik getragen. (<http://www.news.com.au>)

Designer-Kondome für Pazifikinsulaner

Fidschi: Zwei von einer Designerin kreierte Kondome sind das Resultat eines gemeinsamen Projektes des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose (GFATM) und der pazifischen Abteilung des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Populations Funds, UNFPA).

Die „Pacific Design Male Condoms“ heißen „Safe Rider“ und „Sensuous“. Sie schmecken nach Erdbeeren und haben die übliche Weite von 53 mm. Die Folienvorpackung von „Safe Rider“ zeigt auf blauem Hintergrund eine schwarze tanzende Frau im Bastrock. „Sensuous“ ist in orange und braun gehalten und zeigt eine von Ornamenten umgebende hölzerne geschnitzte Maske.

Die Kondome wurden von Tane Moses, Grafikdesignerin bei der in Suva ansässigen Firma Hatamara Graphics Company Ltd., entworfen. Bevor die Kondome in Fidschi der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, waren sie in 11 pazifischen Ländern getestet worden. Die Testpersonen waren sich einig, dass das neue Design mehr Menschen zum Kauf der Kondome anrege. Präservative sind im Pazifik das am

meisten verwendete Verhütungsmittel in der Familienplanung und bei der Vermeidung der Übertragung des HI-Virus. (Pressemitteilung des UNFPA, Pacnews 13.02.07)

Der „literarische“ Pazifik

Pazifik: Der Geograph Jens Nommel hat sich auf die „Entdeckung literarischer Welten“ spezialisiert. In seinem Internetauftritt „Atlas für Handlungsreisen“ sammelt Nommel die von Schriftstellern in ihren Werken für die Handlung gewählten Städte und Länder. Über die Suchfunktion können Bücher ermittelt werden, deren Handlung im Pazifik spielt, z.B. auf den Cook-Inseln oder in Fidschi. Internetnutzer können Bücher auch selber eintragen. (<http://www.handlungsreisen.de>)

Hymne für down under

Die ehemalige australische Einwanderungsministerin Amanda Vanstone ist kurz nach ihrer Entlassung aus dem Kabinett mit einer „Hymne für Australien“ an die Öffentlichkeit getreten. Es mangle dem Land an feierlichen und patriotischen Liedern, die neben der Nationalhymne „Advance Australia Fair“ bei Veranstaltungen gesungen werden können, beklagte Vanstone. Deshalb habe sie das Lied „Under Southern Stars“ geschrieben, das nach der Melodie der britischen Hymne „Land of hope and glory“ gesungen werden soll. Hier der Text:

“Home to first Australians, joined from near and far, shining light for freedom, under southern stars. Nation made of many, bond in hope as one, building for the future, under southern sun. Free and friendly nation, born of our own hand, peace our greatest virtue, mighty southern land. Valiant into battle, courage to the end. Standing firm for freedom, loyal southern friend.

Nature's earthly heaven, glory for our eyes, ours alone those treasures, under southern skies. Shining light for freedom under southern stars.“ (<http://www.vanstone.com.au>)

SPORT

„Goldene Ananas“ bei WM

Australien: Die australische Handballmannschaft hat bei der im Januar 2007 in Deutschland ausgetragenen Handballweltmeisterschaft (WM) die „goldene Ananas“ als Preis für die schlechteste Mannschaft bekommen. Die Mannschaft aus „down under“ unter Trainer Morten Fjeldstad verlor das Spiel um Platz 23 gegen Katar mit 22:36. Damit hat sich die australische Pechsträhne fortgesetzt. Bereits 1999 hatten die Aussies bei der WM in Ägypten den letzten Platz erkämpft, genau wie bei den Olympischen Spielen 2000 in Sydney und bei der WM 2005 in Tunesien. (<http://www4.handball-wm-2007.de>)

OFC-Vorsitzender bestätigt

Papua-Neuguinea: Der amtierende Vorsitzende des Ozeanischen Fußballbundes (Oceania Football Confederation, OFC), Reynald Temarii, ist Mitte Januar während des OFC-Kongresses in der papua-neuguineischen Hauptstadt Port Moresby erneut gewählt worden. Der 40-jährige stammt aus Französisch-Polynesien und war bereits 2004 für eine dreijährige Amtszeit gewählt worden. Temarii ist ehemaliger Jugend- und Sportminister, hat als Kapitän der tahitischen Fußballmannschaft „A.S. Pirae“ Sportlerkarriere gemacht und war Mitglied im olympischen Komitee von Französisch-Polynesien. Vizepräsident des OFC wurde

David Chung, der Vorsitzende der PNG Football Association.

Der Präsident des Weltfußballverbandes FIFA, Joseph F. Blatter, schlug in Port Moresby überraschend Temarii als ersten Pazifikinsulaner für die Vizepräsidentschaft der FIFA vor. Er erwarte, dass Temarii beim FIFA-Kongress Ende Mai in Zürich als Vizepräsident bestätigt werde. Dann wäre erstmals in der Geschichte der FIFA ein Vorsitzender der OFC zum Vizepräsidenten des Weltfußballverbandes gewählt. Blatter begründete seine Nominierung mit der Ruhe und Harmonie, die Temarii in den durch Krisen zerrütteten OFC gebracht habe. Die Ära Temarii haben zu einem „ocean of solidarity“ zwischen den nationalen Fußballverbänden geführt.

Beim OFC-Treffen in Port Moresby sprachen auch der amtierende Premierminister des Landes, Sir Michael Somare, sowie die Ministerin für Gemeinwesenentwicklung, Dame Carol Kidu. Dame Kidu setzt sich für den Fußball als Mittel ein, Jugendliche von der Straße zu holen und ihnen Perspektiven zu eröffnen. Deshalb wurde sie auch als Mitglied in das neu gegründete „FIFA Fairplay and Social Responsibility“-Komitee gewählt.

Fußball könne helfen, soziale Probleme des Landes besser in den Griff zu bekommen, stimmten Dame Kidu und Reynald Temarii überein. Die FIFA sagte PNG eine Million US-Dollar zu, mit denen Fußballplätze gebaut werden sollen. (*Wantok* 26.01.07, <http://www.oceaniafootball.com>, *Oceania Flash* 18.01.07)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUNEA

AUS DER ELC-PNG Staat unterstützt Kirchen

Die Regierung der Morobe-Provinz in Papua-Neuguinea unterstützt dieses Jahr die Arbeit der Kirchen in ihrer Provinz mit 555.000 Kina (knapp 150.000 Euro), die in den sog. „Babafi Trust“ einbezahlt werden. Laut Aussage des Gouverneurs der Provinz, Luther Wenge, unterstützt diese Stiftung die Kirchen, damit sie die Gehälter für ihre Mitarbeitenden bezahlen können. Viele von ihnen leben und arbeiten in sehr abgelegenen Gebieten der Provinz. Daneben werden auch verschiedene Projekte zur Förderung von Behinderten aus dem Babafi Trust finanziert. (*National* 28.12.06)

Neues Flugzeug für Missionsflieger

Mission Aviation Fellowship (MAF) hat in Rumginae, Western Province, ein neues Flugzeug im Wert von etwa zwei Mio. Kina (ca. 530.000 Euro) in Dienst genommen. Die Anschaffung der neuen „Twin Otter“ war durch die großzügige Unterstützung von „PNG Sustainable Development Program Limited“ ermöglicht worden. Damit ist die Flotte von MAF auf 13 Flugzeuge mit derzeit 20 Piloten angewachsen, die landesweit etwa 300 Landepisten anfliegen. Neben den Kirchen sind auch die Gesundheitsdienste oder die Regierung auf den Service von MAF angewiesen, um Menschen und Güter in die abgelegenen Regionen PNG's zu transportieren und für die Menschen dort eine Verbindung zur Außenwelt herzustellen. (*National* 05.02.07)

Falsche Zeugnisse

Am Balop Teacher's College in Lae sollen sich Studenten unter falschen Voraussetzungen eingeschrieben haben. Mehrere Zehntklässler verschiedener High Schools sollen sich gefälschte Abschlusszeugnisse beschafft haben, die ihnen unter falschen Namen den Zugang in die Lehrer-Ausbildungsstätte ermöglichten. Es wird eine Kommission eingesetzt, die Licht in die Machenschaften bringen soll. (*National* 15.02.07)

Pfarrer vergewaltigt Mädchen

Pfarrer Yabo Fabo aus Vanimo, Sandaun-Provinz, soll mehrere Mädchen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren vergewaltigt haben, als diese zu ihm in die Seelsorge gekommen waren. Erst als eine 15-Jährige die Polizei einschaltete, kamen auch die früheren Fälle ans Licht. Weil sich die Mädchen geschämt hatten, waren die früheren Übergriffe bisher nicht verfolgt worden. Der Pfarrer wurde mittlerweile verhaftet. Seine Familie floh nach Madang, nachdem aufgebrachte Angehörige der Mädchen das Haus des Pfarrers zerstört und seine Familie massiv bedroht hatten. (*National* 05.12.06, 07.12.06, 08.12.06)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Aus der Röm.-Kath. Kirche

40-jähriges Jubiläum eines Bischofs und seiner Diözese

Am 19. November 2006 feierten die Diözese Lae und Bischof Henry van Lieshout ihr 40-jähriges Jubiläum in allen Pfarreien der Diözese. Bischof Henry ist der erste und einzige Bischof der Diözese. Mit seinen Mitarbeitern und den Katholiken

in der Morobe-Provinz kann er auf die Entwicklung von einer jungen Kirche während der letzten 40 Jahre hin zu einer gereiften Lokalkirche zurückblicken, die sich in vielfältiger Weise um die Menschen kümmert. So wurde erst kürzlich das „Zentrum der Barmherzigkeit“ eröffnet, wo ambulante Patienten und insbesondere HIV/AIDS-Patienten beraten und versorgt werden. (*Mariannahill Missions-Magazin Nr. 125, März/April 2007, Seite 22-23*)

Pater Christian Blouin neuer Bischof von Lae

Papst Benedict XVI. hat den kanadischen Mariannahiller Pater Christian Clemens Blouin zum neuen Bischof der Diözese Lae ernannt, der damit die Nachfolge von Bischof Henry van Lieshout antritt. Christian Blouin wurde 1941 in Quebec, Kanada, geboren. 1969 wurde er zum Priester geweiht und 1985 absolvierte er ein Pastoraljahr in der Diözese Lae. Als Missionar betreute er von 1989 bis 1994 die Pfarrei All Saints und wurde auch Provinzial der Provinz der Mariannahiller Missionare von Lae. Nach einer Lehrtätigkeit an der Jesuit School of Theology in Cambridge, Massachusetts, kehrte er 2001 nach Lae zurück. Seine Bischofsweihe findet am 5. Mai 2007 in der St. Mary's Kathedrale in Lae statt. (*Mariannahill Missions-Magazin Nr. 125, März/April 2007, Seite 12*)

Kirche gegen Korruption

Erzbischof Sir Brian Barnes und die Röm.-Kath. Kirche stellen sich massiv gegen eine Entscheidung des Parlaments, derzufolge der Gouverneur des National Capital Districts und Abgeordneter Vari Vele die alleinige Verfügungsgewalt über die Distrikt-Gelder bekommen soll. Dies öffne Missbrauch und Korruption Tür und Tor. Die Katholische Kirche, Transparency International und der Medienrat

haben sich zur „Community Coalition Against Corruption (CCAC)“ zusammengeschlossen. In einem offenen Brief vom 28. Dezember heißt es: „Wir glauben, dass diese Gesetznovelle gegen unsere höchsten Prinzipien der Ehre und der Gerechtigkeit verstößt, für die unser Land steht und wie es in unserer Verfassung verbrieft wird, denn sie verleiht absolute Macht für nur einen Mann.“ Die Initiative wird auch sehr stark von Erzbischof James Ayong von der Anglikanischen Kirche unterstützt. (*National 02.01.07, 12.01.07*)

In einem Aufruf an die Gemeinden hat Erzbischof Sir Brian Barnes kirchliche Gruppen davor gewarnt, „blinde Blindenführer“ zu werden und sich nicht an korrupten Machenschaften zu beteiligen. Es sei allgemein bekannt, dass bestimmte Kandidaten in Zeiten des Wahlkampfes Beträge zwischen 20.000 und 30.000 Kina (ca. 5.300 – 8.000 Euro) an bestimmte religiöse Gruppen verteilten, um auf Stimmenfang zu gehen, betonte er. Die Katholische Kirche stehe für die Prinzipien von Ehre und Rechtschaffenheit und er warne alle kirchlichen Gruppen davor, Gelder von irgendwelchen Kandidaten anzunehmen. (*National 12.01.07*)

Kampagne für gute Führungspersonen

Die Katholische Kirche in der Western Highlands Provinz hat eine Kampagne gestartet, um gute und verantwortliche Kandidaten für die Parlamentswahlen im Sommer dieses Jahres zu unterstützen. Dabei werden keine bestimmten Personen oder Parteien unterstützt, sondern es gehe in der Kampagne darum, Transparenz und verantwortliche Führungspersonlichkeiten zu unterstützen, denen das Wohl der Allgemeinheit am Herzen liege und nicht nur ihr eigenes oder nur das ihres eigenen

Stammes, sagte Joseph Tep, der Leiter der Kampagne. Es gehe darum, Korruption und Misswirtschaft zu bekämpfen. (*National 19.02.07*)

Nonne warnt vor Scharlatanen

Schwester Rose Bernard, die Leiterin des „Shalom HIV/AIDS Care Centre“ in Banz, Western Highlands Provinz, hat vor Scharlatanen und Geldschneidern gewarnt, die sich durch den Verkauf Kräutern und bestimmten Ritualen an AIDS-Kranke nur persönlich bereichern wollen. Sie betrieben ein Geschäft mit der Angst und Hoffnungslosigkeit der Patienten, sagte sie bei einem HIV/AIDS-Workshop in Mt. Hagen, der von UNICEF finanziert wurde. (*National 27.12.06*)

Aus der Anglikanischen Kirche

Peter Ramsden neuer Bischof von Port Moresby

Peter Ramsden wird neuer Bischof der Diözese Port Moresby der Anglikanischen Kirche und damit Nachfolger von Peter Fox. Ramsden war bisher Pfarrer in der Diözese New Castle in England. Mit seiner Frau Sue und seinen beiden Kindern war er in den 1980er und 90er Jahren schon jeweils für mehrere Jahre in Papua-Neuguinea und hat hier als Missionar gearbeitet. Seine offizielle Amtseinführung ist für den 25. Mai 2007 in Port Moresby geplant. (*Wantok Nr. 1690*)

AUS ANDEREN LÄNDERN**WESTPAPUA****Papuas auf der Flucht**

Tausende von einheimischen Papuas sind seit 6. Januar auf der Flucht, seit ein offener Krieg zwischen indonesischen Militär- und Polizeitruppen einerseits und Rebellen Gruppen für ein freies Papua unter Goliath Tabuni ausgebrochen ist. Laut Angaben der Vereinigung von Kirchen in Westpapua sind in der Region Puncak Jaya über 2.000 Papuas als Flüchtlinge in anderen Dörfern untergekommen oder sie verstecken sich im Dschungel. Mehr als 5.000 Menschen leiden an Hunger und Mangelernährung. Durchfallerkrankungen, Hepatitis und Malaria machen ihnen zusätzlich das Leben schwer und sie befürchten, zwischen die Fronten der kämpfenden Parteien zu geraten. Die Kirchen haben die Regierung und das Militär aufgefordert, zumindest humanitäre Hilfsleistungen zuzulassen. (*The Jakarta Post 12.02.07*)

Polizei besetzt Kirchenbüro

Am 30. Dezember 2006 hat die indonesische Polizei das Hauptbüro der Kingmi-Kirche, einer einheimischen Kirche in Westpapua, gestürmt und besetzt. Zwei Pfarrer wurden dabei verletzt. „Die Polizei beschuldigt uns, der religiöse Arm der OPM (auch bekannt als „Bewegung für ein freies Papua“) zu sein, aber alles was wir wollen, ist unseren eigenen Angelegenheiten nachzugehen, ohne Einmischung durch die Regierung“, sagte Pfarrer Benny Giay, der Leiter der Abteilung für Gerechtigkeit und Frieden der Kingmi-Kirche. (*Pressemitteilung des Institute for Papuan Advocacy & Human Rights vom 30.12.06*)

FRZ.-POLYNESIEN

Am 5. März hat die Evangelische Kirche von Maohi (Eglise protestante Maohi) der Ankunft der ersten Missionare auf der Hauptinsel Tahiti vor 210 Jahren gedacht. Am 5. März 1797 waren die ersten 30 britischen Missionare an Bord des Schiffes „Duff“ auf Tahiti gelandet. Ein vor Jahren errichtetes Denkmal in einer Bucht von Tahiti erinnert an dieses Ereignis. Die Bibel war erstmals 1815 in das Tahitische übersetzt worden. Nach der Taufe von König Pomare 1819 begann die systematische Christianisierung zunächst der Hauptinsel Tahiti, dann der Außeninseln wie Moorea, der Tuamotus und der Austral-Inseln. (*Oceania Flash 06.03.07*)

Impressum:

Kart. Präsident:

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Reitzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint
vierteljährlich und ist kostenlos

Wir bitten um eine Spende für
die Partnerkirchen im Pazifik auf
das Konto 10 11 111, BLZ 760
605 61 bei der ACREDBANK eG
in Nürnberg

Quellen:

• apc • Jakarta Post • National •
National Geographic • Oceania
Flash / Flash d'Océanie • Pacific
Beat • Pacific Islands Report (PIR)
• Pacific Magazine • Pacific News
Bulletin (PNB) • Pacific Plus • Post
Courier • Radio Australia • Radio
New Zealand International (RNZi)
• New Zealand • Sydney Morning
Herald (SMH) • Tahiti Presse • taz •
The Lutheran • Wprost •

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONENSTELLE

Mission
EineWelt

Hauptstraße 2 • 91064 Neuenreuther Wald
Tel: 09874 9-1229 • Fax: 09874 9-1299